

b unabhängige **auernstimme**

Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern



Demo für moderne Landwirtschaft

Meine Landwirtschaft

Wir haben es satt! Die Botschaft wurde von 23.000 Menschen in Berlin eindrucksvoll vorgebracht und bestimmte den Ton auf der Grünen Woche. Selbst der EU-Agrarkommissar kam. Berichte, Porträts, Bilder und der Kommentar auf den **Seiten 2, 7, 11-14 und 24.**

Agrarpolitik

Die EU-Agrarreformvorschläge gehen in die richtige Richtung! So weit wie nie zuvor. Welche Konsequenzen haben sie für die Länder des Südens und mit welchem Gegenwind hat der EU-Kommissar diesbezüglich zu kämpfen auf den **Seiten 4, 5 und 7.**

Gentechnik

Die europäische Gesellschaft mit ihrer ablehnenden Haltung hat die BASF vergrault. Nun zieht sich das Unternehmen nach Amerika zurück. Ist dies das Ende von Innovation und Forschergeist? Dazu und zum Einfluss von Biopatenten die **Seite 16.**

Die Seite 3

Bio-Kartoffeln mit Stärke 3

Bio-Futter mit Eiweiß-Schwächen 3

Agrarpolitik

GAP-Reform für Entwicklungsländer 4

Ende der Modulation belastet kleinere Betriebe 5

Maskenball im Schweinestall 6

BDM-Symposium mit Analyse von „Markt“ 6

Alles richtig gemacht? 7

Bewegung

AbL fordert Änderungen 8

„Heimatschutz statt Öko-Folklore“ 17

Weltweit für Ernährungssouveränität 18

Tierhaltung

Industrielle Landwirtschaft und Antibiotika 10

Wegducken und aussitzen 10

Schwerpunkt

Der Elefantendompteur 11

Demo-Impressionen 12-13

Aigner Charta: Eine vertane Chance 14

Nachbau

Reden, zahlen, kassieren 15

Recht auf Geheimnisse 15

Gentechnik

„Wir ziehen uns zurück“ 16

Suche nach Patentlösung 16

Weitere Themen

Zu Besuch in Schweden, Seite 9; Ein Bauer erzählt, Seite 19; Lesen, Seite 20; Leserbriefe Seite, 21; Anzeigen, Veranstaltungen, Kontakte, Seite 22-23

Inhaltsverzeichnis

Gemeinsam mit 23.000 Bürgerinnen und Bürgern sind wir am 21. Januar in Berlin wieder auf die Straße gegangen. Bäuerinnen und Bauern ebenso wie Tierschützer, Umweltschützer, developmentspolitisch Engagierte und „einfache“ Verbraucherinnen und Verbraucher aus der ganzen Republik. Bios und Konventionelle, jung und alt, mit und ohne Schilder, aber alle mit bester Stimmung und warmen Socken und Mützen, bei dem „Mistwetter“.

Angesichts dessen, wie sehr die herrschende Agrarpolitik immer noch den Interessen der Agrarindustrie folgt, ist es wichtig zu wissen, dass der Protest gegen diese Agrarpolitik in der Gesellschaft sehr lebendig und breit verwurzelt ist. Der große Erfolg vom Vorjahr mit 22.000 Menschen in Berlin – er war keine vom damaligen Dioxinfutterskandal getriebene Eintagsfliege. Die Entwicklungen in der Landwirtschaft und damit die agrarpolitisch gesetzten Rahmenbedingungen beschäftigen die Menschen unserer Zeit, und zwar in wachsendem Maße.

Das ist gut, weil damit die existenziellen Widersprüche der fortschreitenden Industrialisierung in der Landwirtschaft nicht einfach mehr hingegenommen, sondern öffentlich debattiert werden. An dieser Industrialisierung verdienen zwar Einige kräftig, vor allem in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen. Aber die bäuerlichen Betriebe werden dabei zunehmend rausgedrängt. Es sind dieselben Mechanismen, die die Strukturverarmung befördern und bäuerliche Werte wie



Kommentar

Wir erhöhen den Druck

hohe authentische Qualität der Erzeugnisse, langfristige ökologische

Tragfähigkeit der Erzeugungweise, Achtung des einzelnen Tierwohls, nachbarschaftliche und internationale Solidarität nur noch als lästige Kostenfaktoren ansehen. Alles Kosten, die auch im internationalen Wettbewerb stören, wird argumentiert. Die Gesellschaft lässt sich diesen Kahlschlag der Werte nicht mehr gefallen und fordert echte Lösungen.

Das ist auch ein Erfolg der langjährigen Arbeit der AbL. Wir haben es geschafft, die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Organisationen für den agrarpolitischen Ansatz der zukunftsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft zu gewinnen. Wie oft wurde früher versucht, die Landwirtschaft als Einheit in Gegensatz zum Umweltschutz zu bringen oder zu Tierschutz und Entwicklungspolitik. Je nach Blickwinkel sollten die Bauern einmal die schlimmen Täter oder das andere Mal die armen Opfer sein. Beides war immer schon falsch, sollte aber stets dazu dienen, einen vermeintlichen Gegensatz zu konstruieren. Der „Bauernverband“ hält noch heute daran fest, wenn er versucht, die Gesellschaft als realitätsfern und sich selbst als Hort scheinbarer Modernität darzustellen. Der Verband ist in der Umarmung der vor- und nachgelagerten Agrarindustrie gefangen. Noch sichert ihm das bei politischen Entscheidungsträgern großen Einfluss, auch wenn er die Bauern damit in der Gesellschaft isoliert. Wir als AbL setzen seit langem ganz bewusst auf einen offenen gesellschaftlichen Dialog. Im Bündnis mit vielen anderen Organisationen haben wir im letzten Jahr wieder Vorschläge vorgelegt, wie die EU-Agrarpolitik sinnvoll auf eine andere Spur gesetzt wird. Wir haben konkrete erste Schritte formuliert, um die öffentlichen Gelder an einige wenige, aber wirksame ökologische und soziale Kriterien zu binden. EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos hat offenbar begriffen, dass Agrarpolitik sich die eigene politische und finanzielle Basis entzieht, wenn sie die wachsende öffentliche Kritik ignoriert. Im Ansatz hat er Vorschläge von uns aufgegriffen. Seine Entwürfe bringen zwar noch nicht den notwendigen Wandel, aber die Agrarindustrie fürchtet den Einstieg und bekämpft ihn schon im Keim. Die Bundesregierung droht gar damit, in der nächsten Finanzplanungsperiode 2014 bis 2020 dem Agrarkommissar die Summe eines ganzen Jahreshaushalts zu streichen, um so seine langfristig angelegten Pläne vom Tisch zu fegen.

Nur mit vernünftigen Argumenten allein kommt man gegen diese Arroganz der Macht nicht an. Erst, wenn der öffentliche Druck so stark wird, dass er am politischen Rückhalt der Regierung rüttelt, erst dann wird sie bereit sein, sich von den Interessen der Agrarindustrie zu lösen und den Sachargumenten echte Taten folgen zu lassen. Populär ausgedrückt heißt das: Kapital oder Straße. Die Demonstration war ein weiterer wichtiger Schritt, um diesen notwendigen öffentlichen Druck zu erhöhen. Es geht darum, die Zukunft der Landwirtschaft bäuerlich zu gestalten.

Maria Heubuch und Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf
Bundesvorsitzende der AbL

Impressum **b** unabhängige bauernstimme

Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Tel.: 023 81/905 31 71, Fax: 023 81/49 22 21, E-Mail: info@abl-ev.de; Internet: www.abl-ev.de;

Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Wiebe Erdmanski-Sasse, Ulrich Jasper,
Fax: 023 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag/ ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung:
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 023 81/49 22 88, Fax: 023 81/49 22 21,
E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de; Bankverbindung:
KSK Wiedenbrück, Kto: 2031516, BLZ 47853520

Anzeigenannahme bis zum 15. des Vormonats, Kontakt: Vera Thiel,
Tel.: 02381/492288; E-Mail: anzeigen@bauernstimme.de

Erscheinungsweise: monatlich (11 x jährlich)

Abonnementpreis: 39,60 € jährlich, verbilligt auf Antrag 28,40 € jährlich
Druck: lensing druck, Münster – ISSN-Nr. 0943-4632;
Postvertriebsstück 1 K 12858E

Bio-Kartoffeln mit Stärke

Ein Verein von Bio-Bauern und Bäuerinnen mischt sich in den Markt ein

Jetzt machen die Bauern und Bäuerinnen auch noch Kampagne: „300 Tage im Jahr Bio-Kartoffeln von hier“. Mit dieser Parole wollen die Mitglieder des Biokartoffelerzeuger Vereins e. V. (BKE) nicht nur Verbraucher und Verbraucherinnen auf der Grünen Woche in Berlin ansprechen, sondern vor allem Vermarkter, Naturkosthandel und den Lebensmitteleinzelhandel. Es geht um Klimaschutz und den immensen ökologischen Fußabdruck, den israelische oder ägyptische Ware durch die intensive Bewässerung und den Transport hinterlässt, es geht aber auch um die Existenzsicherung heimischer Betriebe. Der wachsende Biomarkt in den vergangenen Jahren war vor allem ein wachsender Importmarkt in Deutschland – auch im Hinblick auf Produkte, die hier gedeihen. Und das obwohl beispielsweise Kartoffeln von den Erzeugern auch über einen relativ langen Zeitraum qualitätsschonend gelagert werden können. „Linda schmeckt erst nach Weihnachten richtig gut“, sagt Monika Tiedke, Biobäuerin und Geschäftsführerin des BKE. Trotzdem hat sie in Berlin gerade im Januar Biokartoffeln aus Zypern gekauft. Die verkostet Max Kainz, Biobauer und einer der Vereinsvorsitzenden, im Vergleich zu einer Linda aus der Region in einer Kochshow auf der Grünen Woche. Der Bio-Kartoffelspezialist kommt über Linda auf den Punkt: „Der Ökolandbau ist mal angetreten mit der Idee eines anderen Umgangs miteinander und mit dem Ziel, die Wertschöpfung auf den Höfen zu lassen.“ Der Bioeinstieg in den konventionellen LEH sei damals als Sündenfall angeprangert worden, heute sind konventionelle Strukturen nicht nur in der Biokartoffel-

felvermarktung Realität. Die Bauern und Bäuerinnen wurden mehr und mehr wieder zu jenen reinen Ablieferern, die sie konventionell nicht mehr sein mochten. Diese Entwicklung, verbunden mit einer gewissen Hilflosigkeit der Anbauverbände und der Tatsache, dass der traditionell nicht durch eine EU-Marktordeung regulierte Kartoffelmarkt immer schon durch schwankende Preise und geringe Transparenz gekennzeichnet war, ließ die Bio-Bauern und Bäuerinnen vor eineinhalb Jahren aktiv werden.

Auch Psychologie

Sie gründeten einen Verein, deutschlandweit, für jeden verbandlich gebundenen Biobetrieb offen. Ziel war, mehr Transparenz und damit Gerechtigkeit im Markt zu schaffen und die Interessen der Bauern und Bäuerinnen zu vertreten. Damit waren sie allen suspekt: den Anbauverbänden, die eine mögliche Konkurrenz erwachsen sahen, den Vermarktern, die einen möglichen Machtfaktor erwachsen sahen, dem LEH, der unmögliche Querulanten erwachsen sah. Heute hat sich die Truppe, die mit über 70 Mitgliedsbetrieben rund 25 Prozent der Biokartoffelfläche in Deutschland vertritt, Akzeptanz und Respekt verschafft. Die Verbände unterstützen sie und erkennen neidlos an, dass eine produktbezogene Interessensvertretung viele Detaillösungen besser leisten kann als ein großes Dach mit tausend Baustellen. Die Vermarkter schätzen die entstandene Markttransparenz und den offenen und ehrlichen Umgang mit Informationen. Und der LEH lädt zum Informationsaustausch. Die Bauern und Bäuerinnen haben Selbstbewusstsein und ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt.

„Wir haben es geschafft, durch eine intensive Informationspolitik alle Seiten auf dem Laufenden zu halten und die Bauern in ihrem unternehmerischen Handeln zu stärken“, sagt Christoph Schäfer, Biokartoffelbauer aus dem niedersächsischen Wendland und auch im Vorsitz des BKE. Das klingt vorsichtig und ist auch so gemeint. Porzellan zu zerschlagen ist nicht die Sache dieser Bauern und Bäuerinnen, zu gut wissen sie um die Machtverteilung auf dem Markt. Aber vielleicht genau deshalb wirkt sich diese dem Einen oder Anderen vielleicht zu sehr nach Kuschelpolitik klingende Strategie auf den Markt aus. „Vermarkter bestätigen uns, dass der Verein die Branche davor bewahrt hat, dass der Preis dieses Jahr ins Bodenlose abgestürzt ist“, formuliert Monika Tiedke ebenfalls vorsichtig. Trotzdem, mag der Eine oder Andere einwenden, ohne eigene Vermarktung gebe es auch keine echte eigene Macht. Der verkennt allerdings, dass Märkte – und vielleicht gilt das für den Biokartoffelmarkt mit

seinen wenigen Akteuren, und seinen vielen Stellschrauben über Qualitätsbonituren mit Abzügen und Aufschlägen besonders – immer auch psychologisch gesteuert sind.

Transparenz schaffen

Der Preis hat oftmals weniger mit der realen Menge im Markt zu tun als mit der gefühlten Angebotssituation der Vermarkter. Transparenz, wie der Verein sie schafft, sorgt für ein realistischeres Bild und nimmt Bauern und Bäuerinnen eine gewisse Unsicherheit. Daraus ergibt sich ein weiterer nicht unwichtiger psychologischer Faktor: Selbstbewusstsein als Marktpartner, das Gefühl, nicht allein zu sein, stärkt die Verhandlungsposition. Auch daraus erklärt sich das große Engagement der Vereinsmitglieder und deren positive Offenheit untereinander. „Wir haben da als Verein jetzt auch eine Verpflichtung“, sagt der Bayer Max Kainz, „wir können nicht mehr aufhören, sonst stehen die Bauern wieder nackig da.“ cs



Biokartoffelbauern in Berlin: (v.l.) M. Tiedke, M. Kainz, C. Schäfer und U. Kainz Foto: Kainz

Bio-Futter mit Eiweiß-Schwächen

Das Dilemma mit dem Geflügel im Biomarkt

Bio-Geflügelfutter nur vom eigenen Hof geht nicht, ist Quatsch. Wer ja sagt zu Bio-Geflügel muss auch ja sagen zu Futterkomponenten, die bei uns nicht wachsen“, Rudolf Joost-Meyer zu Bakum ist ein Freund deutlicher Worte und Bio-Bauer und Mischfutterhersteller in Niedersachsen. Das Dilemma ist umrissen: So heimisch einem Hühner längst vorkommen mögen, eigentlich stammen sie und ihre Verwandten aus den Tropen und brauchen Eiweißkomponenten im Futter, die nur Pflanzen liefern können, die mindestens rund ums Schwarze Meer wachsen, gerne auch in Übersee.

Biohühner sind da nicht anders als konventionelle, aber der Markt verlangt sie mehr und mehr im großen, professionellen Stil, sei es zur Eierproduktion oder als Fleischlieferant. Der Anteil konventioneller Futterkomponenten wie Kartoffeleiweiß, die in der Ration das Eiweißproblem inländisch lösen könnten, wird politisch motiviert seit Jahren heruntergefahren, liegt aktuell bei 5 Prozent wird aber absehbar bei 0 Prozent landen. Die Anbauverbände sind bereits fast bei dieser Marke, weil konventionelle Futterbestandteile immer das Risiko einer unakzeptablen Pestizid-

belastung mit sich bringen können. Die Lücke schließt Bio-Soja. „Ohne Bio-Soja aus China und Südamerika wäre das Wachstum im EU-Biobereich nicht möglich“, sagt Joost-Meyer zu Bakum und wird wieder deutlich: „Bio-Soja aus China ist schlecht.“ In den seltensten Fällen gebe es keine Belastungen, GVO-Funde. Zertifizierte Verbandsware kostet 20 Prozent mehr und ist damit weniger attraktiv für den großen konventionellen Geflügelproduzenten, der das Biogeschäft auch noch mitnehmen will. Die Anbauverbände versuchen, über direkte Handelsbeziehungen mit Erzeu-

gern Risiken zu minimieren, für den Niedersachsen der einzig mögliche Weg. „Aber die Verbände müssen sich überlegen, ob sie weiterhin Stellung beziehen für das schräge Ganze“, sagt Joost-Meyer zu Bakum: „gerade Bioland hat da immer so eine Gesamtverantwortung gespürt und sich vor alle Bios gestellt.“ Gleichzeitig hoffe man über den Zwang zu immer mehr Bio-Anteil im Futter die Akteure konventioneller Strukturen an Grenzen zu führen, die einen Systemwechsel zur Folge haben sollen. „Mit einem Augenklimpern“ denke man das immer mit. Ob es hilft? cs

GAP-Reform für Entwicklungsländer

Die Vorschläge der EU-Kommission bieten Ansätze und Kritik zugleich

Überschussproduktion, Preisverfall und Handelsverzerrung: Aus entwicklungspolitischer wie auch bäuerlicher Sicht misst sich der Erfolg der anstehenden Reform der EU-Agrarpolitik u.a. daran, ob die Logik der Überschussproduktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse gebrochen wird. Daran hängen gleich mehrere agrarpolitische Instrumente, wie die Ausrichtung der Marktordnung und die Ausgestaltung der Agrarzahlungen.

Exportschlager in der Landwirtschaft

Das Interesse an Überschüssen haben vor allem exportorientierte Verarbeiter, deshalb liegt neben weiterverarbeiteten Produkten wie Tomatenpaste das Augenmerk der Exportorientierung auf veredelten Produkten wie Fleisch und Milch. Im Jahr 2007 beträgt der Selbstversorgungsgrad der EU-27 bei Schweinefleisch 108 Prozent und bei Geflügel 101 Prozent. Nach Angaben von Oxfam Deutschland stiegen die Geflügelexporte der EU-15 von 1992 bis 2007 um knapp 120 Prozent und die Schweinefleischexporte um 45 Prozent. Bei Milchprodukten beträgt der Selbstversorgungsgrad 109 Prozent. Fallbeispiele in Entwicklungsländern belegen, dass Importe dieser landwirtschaftlichen Produkte aus der EU dort zu Störungen auf den heimischen Märkten geführt haben. „Eine starke Landwirtschaft ist unerlässlich für die EU-Lebensmittelindustrie und die weltweite Ernährungssicherheit“, heißt es in der Präambel des Kommissionsvorschlages zur gemeinsamen Marktorganisation (GMO) der EU vom Oktober letzten Jahres. Die Exportorientierung soll dadurch weiterhin unter dem Deckmantel der weltweiten Ernährungssicherheit gerechtfertigt werden. Dafür gibt es auch einschlägige Instrumente, an denen die Kommission gemäß ihrem Vorschlag festhalten will.

Schädliche Instrumente bleiben

Das prominenteste sind die Ausfuhrerstattungen, auf die bei Bedarf zurückgegriffen werden soll. „Die Vorschriften, nach denen im Rahmen der WTO-Verpflichtungen der Union bei der Ausfuhr nach Drittländern Erstattungen auf der Grundlage des Unterschieds zwischen den Preisen in der Union und auf dem Weltmarkt gewährt werden, sind dazu bestimmt, den Anteil der Europäischen Union am Welthandel mit bestimmten unter die vorliegende Verordnung fallenden Erzeugnissen zu wahren“, heißt es im Vorschlag. Ebenfalls bleiben soll die Intervention. „Diese Maßnahmen erfolgen in Form der öffentlichen Intervention oder gege-

benenfalls der Gewährung von Beihilfen für die private Lagerhaltung. Preisstützungsmaßnahmen sind weiterhin notwendig, sie müssen jedoch rationalisiert und vereinfacht werden.“ Aus bäuerlicher und entwicklungspolitischer Sicht ist die Intervention zu kritisieren. Überschüsse werden zwar vom Markt genommen und eingelagert, aber immer wenn sich die Marktsituation entspannt und sich der Preis erholen könnte, werden Mengen aus den Interventionslagern wieder auf den Markt geworfen. Der Mengendruck auf den Preis beginnt von vorn. Die Intervention ebenso wie die Ausfuhrerstattungen zementieren klar die Ausrichtung auf Überschüsse für den Export und gehören abgeschafft.

Bäuerliche Marktmacht

Und das im Einklang mit einer Angebotssteuerung. Dafür gibt es im Kommissionsvorschlag zur Marktorganisation strategische Spielräume, die aus entwicklungs-

politischer Sicht unterstützenswert sind. Damit Bäuerinnen und Bauern künftig mehr Einfluss auf den Markt nehmen können, sollen sie sich am Markt bündeln dürfen. Diese Möglichkeit ist auch im Milchpaket vom Dezember 2010 verankert, das in den Kommissionsvorschlägen übernommen wurde. In der Markt Bündelung liegt die Chance, Einfluss auf das Angebot zu nehmen und Überschüsse von vornherein zu vermeiden. Desweiteren spricht die EU-Kommission von einer Anpassung des Angebots und zwar: „im Hinblick auf lebende Pflanzen, Rindfleisch, Schweinefleisch, Schaf- und Ziegenfleisch, Eier und Geflügelfleisch sollte die Möglichkeit vorgesehen werden, bestimmte Maßnahmen zu erlassen, um die Anpas-

Ökodumping abmildern

ung des Angebots an die Markterfordernisse zu erleichtern, was zur Stabilisierung der Märkte (...) beitragen könnte.“ Zwar sind die Maßnahmen dafür noch dünn, aber die Richtung ist wegweisend. Diese Spielräume können Bäuerinnen und Bauern gemeinsam mit entwicklungspolitischen Vertretern nutzen und mit Leben füllen. Allesamt sind das kleine Hebel, um wirksame Marktmaßnahmen zum Abbau der Überschüsse hin zur bedarfsgerechten Erzeugung zu entwickeln und auch weiterhin einzufordern.



Vor den Toren der Grünen Woche kritisiert King David Amoah die negativen Auswirkungen der europäischen Nahrungsmittelimporte auf die Märkte in Afrika. Foto: Thomsen

den. Den Erhalt von 30 Prozent der Direktzahlungen an ökologische Standards wie Fruchtfolge, Dauergrünland-Erhalt und ökologische Vorrangflächen zu binden, bietet die Möglichkeit, Ökodumping über Direktzahlungen abzumildern und die landwirtschaftliche Erzeugung in Europa klimafreundlicher zu gestalten. Eben die Entwicklungsländer sind meist die Regionen, die auf den Klimawandel mit Dürre und/oder Überschwemmungen sehr sensibel reagieren.

Neben noch zu schwacher Ausgestaltung der ökologischen Standards ist vor allem bedauerlich, dass die Forderung der AbL mit vielen anderen Verbänden in Deutschland, in die Fruchtfolge 20

Prozent Leguminosen festzuschreiben, nicht aufgenommen wurde. Den steigenden Importen von Sojafutter aus Schwellenländern wird nach wie vor nichts entgegengesetzt. Die Konkurrenz zwischen Futter- und Nahrungsmitteln bleibt in den Anbauländern bestehen und die Potenziale der Leguminosen, Stickstoff zu fixieren und dadurch Energie einzusparen, bleiben ungenutzt.

Wettbewerbsverzerrung im Export

Die verbleibenden 70 Prozent der Direktzahlungen sollen nach dem Vorschlag der EU-Kommission mit Berücksichtigung der Arbeitskräfte gedeckelt und gestaffelt werden. Die derzeit fehlende Bindung an Arbeitskräfte bei den Direktzahlungen bevorteilt bekanntlich flächenstarke durchrationalisierte Betriebe gegenüber bäuerlich wirtschaftenden Bauernhöfen. Über beispielsweise den Anbau von Futtermitteln landet diese Wettbewerbsverzerrung auch indirekt in den Mägen von Hähnchen, Rind und Schwein. Allerdings macht sich das zumindest nicht beim Futterzukauf in der Kasse der Tiererzeuger bemerkbar. Ein Futtermittelhändler von Raiffeisen in Lüneburg sagt am Telefon: „Die Futtermittelpreise hier in Deutschland orientieren sich am Weltmarkt.“ Die Preise für Schweine-Endmastfutter und Milchleistungsfutter sind laut der *Agrarmarkt Informationsgesellschaft* (AMI) von Oktober 2009 bis Oktober 2011 um je knapp 50 Prozent kräftig angezogen. Die Kostenschere zwischen Erzeugerpreisen und Produktionskosten ist immer enger geworden und vor allem bäuerlich wirtschaftende Betriebe leiden darunter. An diesem Beispiel zeigt sich, wie die derzeitige Ausgestaltung der Direktzahlungen die Kostenführerschaft durchrationalisierter Betriebe zementiert und die Industrialisierung vorantreibt. Diese Wettbewerbsverzerrung geht in den Export. Eine Bindung an Arbeitskräfte würde das Sozialdumping auf dem Weltmarkt mindern und bäuerlich ausgerichtete Betriebe hier in Deutschland und EU-weit stärken. Allerdings liegen die derzeitigen Vorschläge der EU-Kommission noch weit hinter den Erwartungen der bäuerlichen und entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen zurück und werden kaum Wirkung zeigen. An den Investitionsförderungen für beispielsweise Stallbauten in der Zweiten Säule soll sich noch wenig ändern. Diese Zahlungen puschen das Größenwachstum und müssen ebenfalls sozial und ökologisch angepasst werden. Die Vorschläge bieten noch viel Kritikwürdiges, aber auch wesentliche Anhaltspunkte. *Berit Thomsen*

Ende der Modulation belastet kleinere Betriebe

BMELV: Großbetriebe profitieren sogar mehr, als sie durch Kappung verlieren

Laut Berechnungen des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) werden ab 2014 kleinere und mittlere Betriebe erheblich Kürzungen bei den Direktzahlungen tragen müssen, während die Gruppe der Empfänger großer Zahlungsbeträge gewinnen wird. Der Zugewinn an Direktzahlungen für die Großbetriebe wird zusammen sogar höher ausfallen als die geringen Kürzungen, die sie durch die von der EU-Kommission vorgeschlagene Degression ab 150.000 Euro und Kappung bei 300.000 Euro ab dem Jahr 2014 zu erwarten haben. Das geht aus der Antwort des BMELV auf eine Kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorff (Grüne) hervor. Hintergrund ist, dass die Modulation der Direktzahlungen – wie von der Bundesregierung und dem Deutschen Bauernverband gefordert – Ende des Jahres 2013 abgeschafft wird. Damit endet der in der EU-Agrarreform 2003 beschlossene und 2005 umgesetzte Mechanismus, wonach alle Direktzahlungen der 1. Säule, die 5.000 Euro pro Betrieb und Jahr übersteigen, um einen bestimmten Satz gekürzt werden. Die einbehaltenen Mittel werden automatisch den Fördermaßnahmen der 2. Säule zugeführt. Der Modulationssatz betrug 2005 drei Prozent, er steigt bis 2012 auf 10 Prozent an. Seit der Reform von 2008 werden zudem diejenigen Prämienanteile, die über 300.000 Euro pro Betrieb und Jahr liegen, um zusätzliche 4 Prozent gekürzt.

Staffelung fällt weg

Ab 2014 soll es diese betriebsindividuell berechnete Modulation nicht mehr geben. Statt dessen wird faktisch der Topf für Direktzahlungen der 1. Säule je EU-Staat ab dem Jahr 2014 um den Betrag gekürzt, der über die Modulation im Jahr 2013 zusammenkam und in die 2. Säule verlagert worden ist. Das

bedeutet, dass die Zahlungsansprüche generell gekürzt werden, und zwar bei allen Betrieben. Während also bis 2013 die Mittelverlagerung von der 1. in die 2. Säule differenziert vollzogen wird (alle Zahlungen unterhalb 5.000 Euro je Betrieb sind ungekürzt), wird ab 2014 auch bei den ersten 5.000 Euro je Betrieb gekürzt.

Laut BMELV-Antwort führt das zu folgenden Ergebnissen: „Ein 15 Hektar-Betrieb mit rund 5.000 Euro Direktzahlungen im Jahr 2013 würde 2017 rund 11 Prozent seiner Direktzahlungen verlieren, während ein 30 Hektar-Betrieb mit 10.000 Euro Direktzahlungen (vor Modulation) 2017 über 6 Prozent seiner Direktzahlungen einbüßen würde.“ Dass ab einer gewissen Zahlungshöhe je Betrieb die Belastung allerdings in eine Entlastung übergeht, schreibt das BMELV nicht mehr explizit. Das BMELV schätzt, dass bei den rund 3.800 Betrieben mit über 150.000 Euro Direktzahlungen im Jahr 2013 ca. 165 Millionen Euro Modulationsmittel einbehalten werden. Fällt die Modulation weg, werden diese 165 Millionen Euro eben von allen Betrieben einbehalten. Interessant dann die Antwort des BMELV auf die Frage, wie hoch die Kürzungen geschätzt werden, die ab 2014 durch die vorgeschlagene Degression ab 150.000 Euro und Kappung bei 300.000 Euro im Jahr zusammenkommen sollen: Das BMELV geht von zwischen einer halben und einer Million Euro Kürzungen aus, wobei „deutlich unter 100“ Betriebe letztlich betroffen wären, so das BMELV.

Ausgleich gefordert

Das BMELV hält dennoch an seiner Position fest, den Vorschlag der EU-Kommission zur Deckelung und Kappung nicht etwa verschärfen zu wollen, sondern ganz abzulehnen. Auf

der anderen Seite prüft das BMELV aber gemeinsam mit den Agrarministerinnen und -ministern der Bundesländer nach Möglichkeiten, die Mehrbelastung durch Modulationsabschaffung bei den kleineren und mittleren Betrieben auszugleichen: „Die Bundesregierung prüft derzeit verschiedene Modelle, um die durch den Wegfall der Modulation (...) entstehenden Nachteile für die kleineren und mittleren Betriebe auszugleichen. Dazu gehören insbesondere auch Modelle mit einem gestaffelten Zahlungsaufschlag für die ersten Hektare eines Betriebes“, so das BMELV. Um das in Deutschland umsetzen zu können, hält das Ministerium Änderungen an den Brüsseler Reform-Vorschlägen für erforderlich. Das Anliegen habe das Ministerium „bereits auf Brüsseler Ebene in die Diskussion gebracht“ und werde den Ansatz in den Verhandlungen weiter verfolgen.

Klage beim EuGH

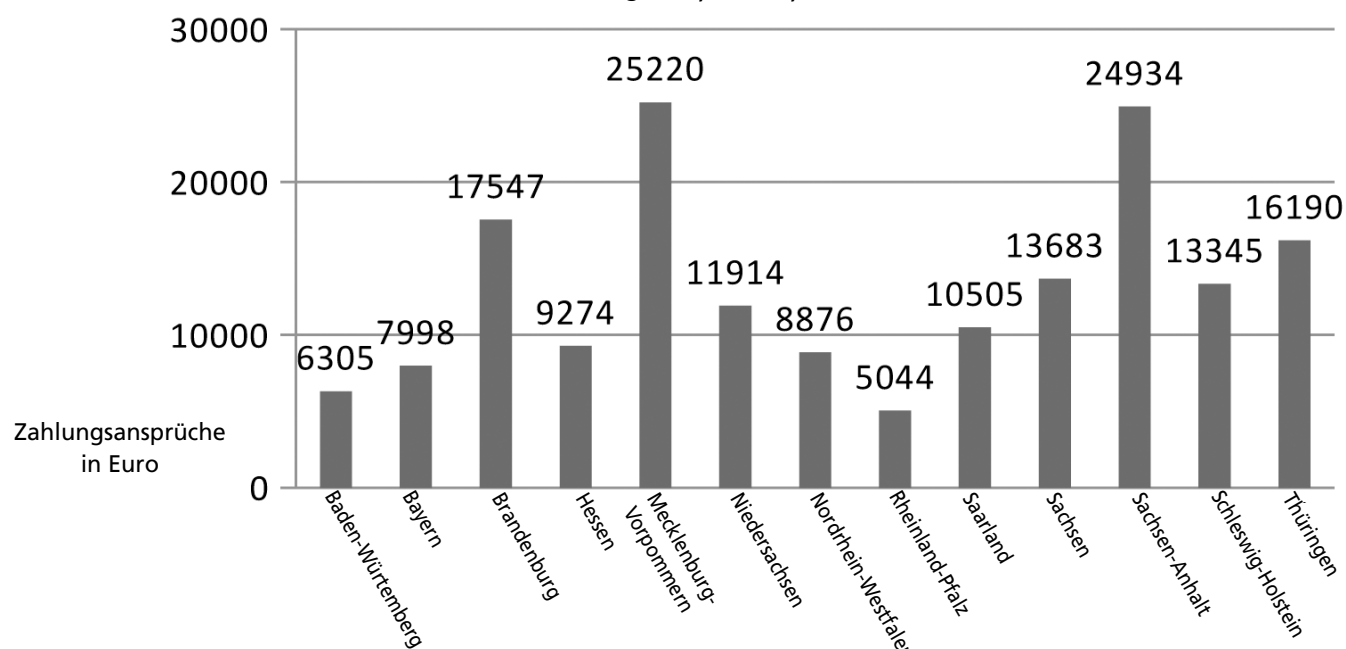
Unterdessen hat ein Großbetrieb mit Unterstützung von Genossenschafts- und Bauernverband gegen die jetzige Modulationsregelung geklagt. Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder hat Ende 2011 die Klage zur rechtlichen Klärung dem Europäischen Gerichtshof vorgelegt. Daraufhin ist es für die einzelnen Betriebe ratsam geworden, zur etwaigen Sicherung ihrer Zahlungsansprüche Widerspruch oder – in NRW und Niedersachsen – verwaltungsgerichtliche Klage gegen die Antragsbescheide einzureichen. Auch die AbL hat Betriebe dabei unterstützt, allerdings anders als der Bauernverband nicht mit dem Ziel, den Ansatz der gestaffelten Modulation anzugehen, sondern um den einzelnen Betrieben Rechtsansprüche zu erhalten, die sich aus einer möglicherweise rechtlich unzureichend formulierten Verordnung ergeben könnten.

uj

Aigner will EU-Geld stark kürzen

Um saftige 128 Milliarden Euro will die Bundesregierung den EU-Haushalt für die sieben Jahre 2014 bis 2020 gegenüber dem Vorschlag der EU-Kommission kürzen. Damit soll der EU-Haushalt auf 1,0 Prozent des Bruttonationaleinkommens der EU beschränkt werden. Das schreibt der Parlamentarische Staatssekretär der Bundesministerin Ilse Aigner, Peter Bleser, in der Antwort auf eine Kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Friedrich Ostendorff (Grüne). Jeder Politikbereich müsse zu den Einsparungen beitragen, schreibt Aigners Staatssekretär. Vor dem Hintergrund, dass der Agrarhaushalt rund 40 Prozent des EU-Haushalts umfasst, bedeutet die Berliner Vorgabe, dass über die sieben Jahre rund ein Jahresagrarhaushalt wegfallen müsste. uj

Zahlungsansprüche pro Arbeitskrafteinheit



Maskenball im Schweinestall

Die Schlachtunternehmen geben den Takt vor, Bauern tanzen hinterher

Nicht der Abschied vom Fleisch ist es, was Karneval und Schlachtunternehmen an Gemeinsamkeit haben, sondern es ist die Verwendung von Masken. Was jedoch auf der einen Seite Verborgenheit herstellen soll, hat auf der anderen Seite eine größtmögliche Transparenz zum Ziel. Die Maske im Schlachtgewerbe ist ein Schema, nach dem, als Grundlage des Abrechnungssystems, der Schlachtkörper des Schweins bewertet wird. Dabei wird das geschlachtete Schwein in Rückenlage durch eine halbrunde Wanne gezogen, und über Sensoren in Verbindung mit Umrechnungsformeln werden der Schlachtkörper und seine Teilstücke (Schinken, Filet und Bauch) mit Indexpunkten bewertet.

Diese technische Möglichkeit (Auto-FOM-Klassifizierung), die aus Kostengründen vorwiegend in Großbetrieben eingesetzt wird, führt dazu, dass je nach Marktlage immer kurzfristiger Änderung vorgenommen werden können. Die letzte Maskenänderung im Herbst 2011 führte jedoch ins Chaos.

Maschine statt Mensch

Änderungen in der Klassifizierung haben grundsätzlich nicht das Ziel, die Erlössitu-

ation der Erzeuger zu verbessern. Im Gegenteil. Sie sind gezwungen, die Zucht und die Schlachtschweinevermarktungsstrategie nach einer längeren Vorlaufzeit dem Maskenwechsel anzupassen. Diesmal wurde die Maske jedoch verändert, ohne sie in der Praxis genügend zu testen. Nach ihren internen Auswertungen stellten die Schlachtbetriebe insbesondere Tönnies und Westfleisch fest, dass sie den Erzeugern ca. 1,5 ct/kg Schlachtgewicht zuviel ausgezahlt hatten. Nach Berechnungen von *top agrar* belief sich der Verlust bei Tönnies auf eine halbe Million Euro pro Woche. Westfleisch ebenso wie Tönnies stoppten diesen Mehrerlös für Landwirte und wollten ihn bis zu einer weiteren Maskenanpassung zu ihrem Vorteil auf einem Treuhandkonto parken. Der Schlachthof wurde zu einem Teppichbasar. Die Mastbetriebe haben sich mit ihren Vermarktungsstrategien wieder einmal auf eine neue Maske einzustellen. Die Korridore für Schlachtkörper und Teilstücke werden mit ihren Gewichtsgrenzen immer enger gezogen. Die Größe der Lieferpartien wird durch die Notwendigkeit einer immer häufigeren Sortierung gemindert.

Für den Landwirt wird dieses Klassifizie-

rungssystem undurchschaubar. Früher konnte bei der manuellen Schlachtkörperbewertung ein externer Beobachter Schwachstellen und Fehler erkennen. Erzeugergemeinschaften boten solche Beobachtungen ihren Mitgliedern oft als Dienstleistung an. Zukünftig soll die inzwischen eingesetzte Technik durch ein mehr davon kontrolliert werden, indem Mäster online und zeitgleich von ihrem Schreibtisch die Klassifizierung beobachten.

30-Ferkel-Sau

Für die Züchtung ergab sich in den vergangenen Jahren die Notwendigkeit, bei Maskenänderungen die Genetik hinsichtlich mehr Schinken und Schnitzel anzupassen. Das ging tendenziell auf Kosten von Vitalität und Ferkelzahl. Aber in der sich immer schneller drehenden Maskenänderungsspirale kämen die Züchter inzwischen kaum hinterher, würden sie nach wie vor diese Anpassungen versuchen. Davon ist aber kaum noch die Rede und damit für Ferkelerzeuger eine Maskenänderung kein Aufreger mehr. Denn zur Zeit gibt es für sie nur ein Ziel: die 30-Ferkel-Sau.

Günther Völker,

Sauenhalter aus Ostwestfalen

Ferkel-„Wurfmasse“

Die Schweine-Spezialzeitung SUS berichtet auf ihrer Internetseite über einen der angeblich besten Sauenhalter in Holland. Der 670-Sauen-Betrieb van Ginkel aus Scherpenzeel ist stolz auf 32,5 abgesetzte Ferkel pro Sau und Jahr bzw. auf 15 und mehr Ferkel je Wurf (also mehr als die Zitzen der Sau). Da scheint der Blick für das Einzeltier auf der Strecke zu bleiben. Originalzitat von Ginkel: „Wir setzen 110 kg Wurfmasse ab...“ *en*

42 Cent Milcherzeugungs-Kosten

Die europäische Milcherzeuger-Organisation European Dairy Farmers (EDF) hat bei einem Produktionskosten-Vergleich von 300 Betrieben aus 19 Ländern ermittelt, dass die Gesamtkosten pro Kilogramm Milch im Jahr 2009/2010 durchschnittlich 41,8 Cent betragen. Zwischen Betrieben, z.B. mit 15 Kühen in Polen oder mit 1.900 in der Ukraine, gab es laut DLG-Mitteilungen eine weite Spanne. Durchschnittlich hatten die teilnehmenden Betriebe 224 Kühe, es dominierten mittlere und größere Familienbetriebe, 75 % hatten weniger als 255 Kühe. *en*

BDM-Symposium mit Analyse von „Markt“

Vor allem ein niederländischer Schweinehalter beeindruckte die Milchviehalter in Berlin

Moral kommt nicht von alleine, wir müssen sie über Regeln in den Markt einbauen“, referierte der Münchener Wirtschaftswissenschaftler Professor Christoph Lütge zum Auftakt des BDM-Symposiums 2012. Vor mit rund 1.000 Teilnehmern vollem Saal sprach der Ökonom sich ausdrücklich dafür aus, den produktiven Anreize des Wettbewerbs aktiv zu nutzen, um ethisches Verhalten der Marktteilnehmer zu stützen. Diese Regeln müssten transparent sein, für alle gleich gelten, mit Sanktionen bei Nichteinhaltung verbunden sein und den Wettbewerb nicht abwürgen. Ohne diese Regeln erodiere die Moral im Markt, fasste Lütge zusammen. Nach diesen theoretischen Ausführungen zog der niederländische Sauenhalter Wynno Zwanenburg den Saal in den Bann. Nüchtern stellte der Vorsitzende der Niederländischen Schweinehaltervereinigung NVV die realen Verhältnisse am Schweinemarkt in den Niederlanden und Deutschland dar. Durch Leistungssteigerungen und Kapazitätsausbau habe sich die Schweinefleischerzeugung stark ausgedehnt, in der jüngsten Zeit vor allem in Deutschland, wo der Selbstversorgungsgrad nun mit rund 115 Prozent über dem der EU mit 110 Prozent liege. Dass von dieser Entwicklung die verschiedenen Stufen der Kette

sehr unterschiedlich zu profitieren scheinen, zeigte Zwanenburg anhand von regelmäßigen Erhebungen der niederländischen Rabobank. Demnach lag in den Jahren 2005 bis 2009 die Kapitalrendite (Gewinn je eingesetztes Kapital) bei Schweinefleisch im Einzelhandel bei 22 Prozent, in der Stufe der Verarbeitung (Schlachtung, Zerlegung) bei 17 Prozent und in der Futtermittelwirtschaft bei 15 Prozent und bei den Schweinehaltern bei minus 3 Prozent.

Mengenanpassung

Bezüglich Milch stellte Zwanenburg ähnliche Zahlen vor, „nur sind die Milchbauern mit 0,5 Prozent Kapitalverzinsung wenigstens noch nicht im Minus gelandet“, stellte er ironisch fest. Als dann Anfang 2011 in Deutschland bei unzureichenden Schweinepreisen der Dioxinskandal ausbrach und die deutschen Schweinefleischexporte abrutschen ließ, da rechneten die niederländischen Kollegen damit, dass sie wenigstens jetzt höhere Preise durchsetzen könnten. Doch ihr Schweinepreis stürzte fast genauso ab wie der deutsche. „Das hat bei uns die Diskussion darüber, wer eigentlich die Erzeugerpreise bestimmt und beeinflusst, stark intensiviert“, berichtete der Sauenhalter. Es wuchs die Überzeugung, dass die Anpassung der Menge an den Bedarf ein wesentlicher Schlüssel ist, um den Erzeuger-

preis zu stützen. Der niederländische Geschäftsmann ging auch auf die öffentlichen Debatten um Tier- und Umweltschutz in der Tierhaltung ein. Damit deren Anforderungen nicht zu Lasten der Bauern gehen, arbeitet Zwanenburgs Verband daran, alle Akteure, einschließlich der NGOs, an einen Tisch zu bekommen. Absprachen sollen das Ergebnis sein, damit es nicht am Ende heißt: „Der Bauer bezahlt alles.“

Rege Diskussion

Nach diesem Höhepunkt des BDM-Symposiums stellte Florian Dittrich von der EU-Kommission die Pläne zur Reform der europäischen Marktordnung vor, einschließlich der erheblich erweiterten Möglichkeiten für Erzeugergemeinschaften. Doch er verpasste die Chance, dort den Schwerpunkt seines Vortrages zu legen. Auch der nachfolgende Redner Peter Guhl, Vorsitzender der Milcherzeugergemeinschaft Milch Board, unterließ es, konkrete Handlungsperspektiven des Milch Boards aufzuzeigen. Ein Lichtblick war dann die rege Teilnahme der angereisten Milcherzeuger an der Diskussion mit den Referenten und mit den Vertretern der Oppositionsparteien des Deutschen Bundestages (die Regierungsfractionen stellten sich dem Austausch nicht). *uj*

Alles richtig gemacht

Ciolos sieht gesellschaftlich Stimmung – Aigner und Sonnleitner ignorieren sie

Entscheidend ist, wie das Tier sich fühlt“, sagt Bauernverbandspräsident Gerd Sonnleitner und schlussfolgert daraus im Hinblick auf die „komische Demo“, die wie schon im letzten Jahr nun wieder stattfindet, dass man die Massentierhaltung nicht per se verurteilen dürfe. „Was ist ein Massenstall?“, fragt er die anwesenden Journalisten in der Fragestunde im Vorfeld der „Grünen Woche“ achselzuckend. Der Bauernverband hat den Tierschutz für sich entdeckt, kein Zweifel, „Eingriffe am Tier sollten nach Möglichkeit unterbleiben.“ Den Wettbewerb dürfe man nicht aus den Augen verlieren, aber Antibiotika-Einsatz, Ferkelkastration, Schnäbelkürzen – auf „einer Zeitachse“ könne alles gelöst werden. Ähnliche Zuversicht hatte bereits vorher schon Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) in ihrer Fragestunde demonstriert. Aus ihrer Sicht gebe es keinen Grund unter dem Motto „Wir haben es satt“ zu demonstrieren, da sich doch die Agrarpolitik in den letzten zehn Jahren grundlegend geändert habe. Die Demonstranten kämpften die „Kämpfe der Vergangenheit gegen die Agrarpolitik der Vergangenheit.“ Antibiotika aus prophylaktischen Gründen oder gar als Wachstumsförderer seien verboten, Subventionen gebe es für kleine, besonders umweltfreundlich produzierende Betriebe, besonders aufs Tierwohl bedachte Erzeuger könnten demnächst kennzeichnen, warum da noch auf die Straße gehen? Und wenn es noch Handlungsbedarf gebe, dann liege der nicht bei ihr, sondern bei den Bundesländern, die keine ausreichende

Kontrolle der Durchsetzung der strengen Bundesgesetze hinbekommen, so die Ministerin. Viele kritische Nachfragen, besonders die aktuellen Offenbarungen um den standardmäßigen Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung, zeigten, dass die Wahrnehmung der Journalisten und damit auch der Verbraucher nicht ganz so rosarot ist.

Falsche Debatte

Erst in der Pressekonferenz von EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos lief die aktuelle Debatte um die Reform der gemeinsamen EU-Agrarpolitik dem Thema Tierschutz und Antibiotika den Rang ab. In keiner Reform sei den kleinen und den Familienbetrieben so viel Aufmerksamkeit gewidmet worden, betonte der Rumäne und erklärte, man wolle diese in die Lage versetzen, dem Druck der Märkte zu widerstehen und die Wertschöpfung auf den Höfen zu erhalten. Es gehe ihm um Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, Fruchtfolge und Bodenfruchtbarkeit und grundsätzlich eine Art der Landwirtschaft, die von der Gesellschaft akzeptiert werde. Unter dem Aspekt sieht er auch die Ausweitung von 7 Prozent ökologischer Vorrangflächen, die von Bauernverband und Bundeslandwirtschaftsministerin so scharf als Stilllegung diffamiert werden. Es sei eine falsche Debatte, die hier geführt werde, so der EU-Kommissar, es gehe nicht darum, dass 7 Prozent des Landes der Landwirtschaft nicht mehr zur Verfügung stehen, sondern um eine Einbringung von Flächen in das Beihilfesystem, die dort bislang noch gar nicht geltend gemacht werden können. cs

Kurzes am Rande

Hähnchenkarussell bei Rothkötter?

Brancheninsidern zufolge soll der Masthühner-Konzern Rothkötter für seinen neuen Mega-Schlachthof in Wietze (bei Celle) etwa 70.000 Masthühner aus Dänemark importieren. Dies wären etwa zwei Drittel der aktuellen Schlachtzahlen in Wietze. Rothkötter hatte daraufhin der *Celleschen Zeitung* mitgeteilt, dass nur etwa ein Prozent der geschlachteten Tiere aus Dänemark stammen würde. Dies wiederum veranlasste die AbL zur Nachfrage, ob Rothkötter die 70.000 Masthühner aus Dänemark etwa in seinem Schlachthof in Haren (Emsland) schlachte und stattdessen Masthühner aus dem Umfeld des Harener Schlachthofs in einer Art Karussellverkehr nach Wietze transportiere. en

Kein MON810 in Frankreich

Der US-Konzern Monsanto erklärte, dass er 2012 kein MON810-Saatgut in Frankreich anbieten werde. Und das obwohl das französische Anbauverbot von MON810 wegen Verfahrensfehlern im September 2011 vom Europäischen Gerichtshof aufgehoben wurde. Als Grund dafür, dies Jahr kein MON810-Saatgut zu verkaufen, gab Monsanto einerseits an, dass Mitte Januar über 100 Gentechnik-Gegner, u.a. Mitglieder der *Confédération Paysanne*, den Sitz von Monsanto im südfranzösischen Trèbes blockiert hatten. Ein Bauer forderte Taten von der französischen Regierung, schließlich fülle der Konzern schon MON810-Saatgut ab. Andererseits sind die stetigen Ankündigungen sowohl der französischen Umweltministerin als auch des Landwirtschaftsministers, dass sie weiterhin die Zulassung von MON810 auf französischem Boden verhindern wollen, Monsanto ein Dorn im Auge. Laut Ressortchefin soll noch vor Ende Februar eine erneute Schutzklausel – sprich ein Anbauverbot – in Kraft treten. av

Wettbewerbsfähige Eiweißstrategie

Der deutsche Bauernverband (DBV) und der Bundesverband der deutschen Pflanzenzüchter (BDP) entdecken die vielen Vorteile der Leguminosen neu. In einem gemeinsamen Papier rufen sie nach umfangreicher finanzieller Förderung von Anbau und Forschung. „Das kann man sich aber alles sparen, solange die Wettbewerbsfähigkeit des elementaren ökologischen Fruchtfolgeelements Leguminose nicht hergestellt wird. Das geht nur politisch, indem die EU-Zahlungen an den Anbau der Eiweißpflanzen gebunden werden“, kontert der AbL-Vorsitzende Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf. Auch Bundesministerin Ilse Aigner dürfe in der von ihr angekündigten Eiweißstrategie nicht dabei stehen bleiben, den stark zurückgegangenen Anbau der heimischen Eiweißpflanzen nur zu beklagen, kommentierte der westfälische Biobauer weiter. „Ministerin Aigner hat es in der Hand, mit an dem alles entscheidenden Hebel zu ziehen, damit die vielen positiven ökologischen Leistungen des Leguminosen-Anbaus wieder flächendeckend in der Fruchtfolge aktiv genutzt werden und nicht verkümmern. Sie sollte sich unserer Forderung anschließen, dass als zentrale ökologische Bedingung zum Erhalt der vollen EU-Direktzahlungen ab dem Jahr 2014 die Betriebe auf mindestens 20 Prozent ihrer Ackerfläche Eiweißpflanzen oder Gemenge wie Klee gras anbauen. Das würde die Leguminosen schlagartig in die volle Wettbewerbsfähigkeit mit anderen Ackerkulturen bringen.“ cs

KWS setzt weiter auf Agro-Gentechnik

Die KWS SAAT AG aus Einbeck hat sich mittlerweile zum viertgrößten Saatguthersteller entwickelt. Mehr als zwei Drittel ihres Jahresumsatzes erzielten sie mit konventionellem und ökologischem Saatgut. Gentechnisch verändertes Saatgut verkauften sie in den USA, Asien und Südamerika. Nach dem Rückzug der BASF betonte der Vorstandssprecher der KWS, Philip von dem Bussche, in einem Interview mit der *Wirtschaftswoche*: „Deutschland ist für die KWS ein guter Forschungsstandort. Wir bleiben mit unserer Biotechnologie-Forschung, u.a. an gentechnisch veränderten Pflanzen, in Deutschland... und erweitern gerade unser Biotechnikum“. V.a. forscht die KWS gemeinsam mit Monsanto an einer gentechnisch veränderten Zuckerrübe (H7-1). Die plant sie 2013/2014 auf den europäischen Markt zu bringen und hat erneut einen Freisetzungsantrag für die Glyphosat-resistenten Rüben gestellt. Ein breites Bündnis will dagegen vorgehen, u.a. weil der Antrag kaum aktuelle wissenschaftliche Ergebnisse enthält und im wesentlichen im „copy and paste“ Verfahren entstanden ist. av



Sicher wäre es im Sinne einer bäuerlichen, nachhaltigen EU-Agrarpolitik, wenn sich Frau Aigner mehr auf den Lenker Ciolos verlassen würde. Foto: Nürnberger

20 Jahre kritischer Agrarbericht

Eigentlich hätte man auch ein wenig feiern können, schließlich sind 20 Jahre kritischer Agrarbericht auch eine Erfolgsgeschichte. So lange schon gibt das Agrarbündnis als Zusammenschluss von Verbänden rund um die Landwirtschaft jenes etwas andere Jahrbuch heraus. Es wird deutlich, dass es auch nach 20 Jahren noch genug kritisch zu beleuchten gibt in der Landwirtschaft. „Wie wird Politik beeinflusst?“, fragt Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, als Vorsitzender der Abl im Agrarbündnis einer der Mitherausgeber und gibt die Antwort selbst: „durch die Interessen des Kapitals oder den Druck der Straße“. Letzterer habe die Agrarpolitik in den letzten Jahren zunehmend nervös gemacht und müsse unbedingt aufrecht erhalten werden, damit die positiven Ansätze, die es inzwischen schon in die Vorschläge zur EU-Agrarpolitik geschafft haben, nicht wieder raus gedrängt würden. Die Auswüchse der industriellen Landwirtschaft tragen mit Skandalen in schöner Regelmäßigkeit dazu bei, dass immer mehr Menschen sich interessieren und engagieren, das schlägt sich auch im wachsenden Interesse am kritischen Agrarbericht nieder, Agrarbündnissprecher Frieder Thomas merkte angesichts voll besetzter Stuhlreihen schmunzelnd an, man könne nach 20 Jahren nächstes Jahr vielleicht mal einen größeren Raum für die Eröffnungspressekonferenz anmieten. **cs**



Vertreter des Agrarbündnisses: v.l. F. Thomas, H. Betz, H. Weiger und F.-W. Graefe zu Baringdorf
Foto: Schievelbein

Gentechnik im Saatgut vor Gericht

Am 29. Februar 2012 wird vorm Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ein alter aber brisanter Fall verhandelt. Ende August 2007 wurden in Rapssaatgut der Deutschen Saatveredelung AG (DSV) Verunreinigungen mit gentechnisch verändertem Raps festgestellt. Das ergaben Kontrolluntersuchungen nordrhein-westfälischer Behörden. Das verunreinigte Saatgut war aber schon ausgeliefert und auf etwa 1.500 Hektar in Hessen, im Saarland, Rheinland-Pfalz, Bayern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern unwissend ausgesät. In allen betroffenen Bundesländern haben die zuständigen Behörden die Vernichtung des bereits ausgesäten Saatguts mit sofortiger Wirkung angeordnet. Ein Bauer in Hessen hatte dagegen geklagt und Recht bekommen. Das unterlegene Land Hessen ist daraufhin in Revision gegangen. Knackpunkt des Rechtsstreites ist, ob die Aussaat des verunreinigten Rapssaatguts in Unkenntnis der Verunreinigung ein „gezieltes“ Ausbringen darstellt und als genehmigungspflichtige Freisetzung eingestuft wird oder nicht. Grundsätzlich muss der Prozess die Frage beantworten, welche Handhabe das Gentechnikgesetz bietet, um verunreinigtes Saatgut im Falle der unwissentlich erfolgten Aussaat aus dem Verkehr zu ziehen. Sie ist von erheblicher Bedeutung für die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft, geht es doch darum, jegliche Verunreinigungen auf den Äckern und im Herstellungsprozess zu unterbinden. **av**
29. Februar 2012; 11:00 Uhr, Bundesverwaltungsgericht Leipzig, Simsonplatz 1

Ökolandbau will politisch mehr

„Geld gegen gesellschaftlich geforderte Leistung“, diese Konsequenz müsse die Agrarpolitik endlich ziehen, forderte der Bioland-Präsident, Jan Plagge. Die Ansätze auf EU-Ebene gingen in die richtige Richtung, das müsse man auch auf Bundesebene erkennen. Auch demeter-Vorstand Stephan Illi kritisierte die Agrarpolitik von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner im Hinblick auf die Bedürfnisse des ökologischen Landbaus. Da nützt der Ministerin auch nicht die jährliche Vergabe des Förderpreis Ökologischer Landbau. Dies Jahr zeichnete sie den Bioland-Aquakulturbetrieb, „De Fischer ut Grambek“ aus Schleswig-Holstein, die bayerische demeter-Gärtnerei Obergrashof und den Biokreis-Betrieb Gut Herrmannsdorf KG ebenfalls in Bayern aus. Die Betriebe hätten das Wirtschaften in Kreisläufen und eine nachhaltig ökologische Erzeugung besonders überzeugend umgesetzt, so die Ministerin. **cs**

Kurzes am Rande

AbL fordert Änderungen

Anhörung zur Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) drängt darauf, dass die von der Bundesregierung angestrebte Neuorganisation der landwirtschaftlichen Sozialversicherungen (LSV) die bäuerlichen Betriebe und kleineren Sozialwahllisten nicht benachteiligt. Dazu müsse der Gesetzentwurf an wichtigen Stellen geändert und ergänzt werden, so die AbL. Der stellvertretende Bundesvorsitzende und nordrhein-westfälische Biobauer Bernd Schmitz stellte die wesentlichen Kritikpunkte und Vorschläge in einer öffentlichen Anhörung im Bundestag als Sachverständiger vor. Wie die Bauernstimme berichtete, sieht der Gesetzentwurf vor, dass die heute noch bestehenden neun regionalen Trägergemeinschaften der landwirtschaftlichen Sozialversicherungen zum 1. Januar 2013 zu einem einzigen Bundesträger fusioniert werden. Der Gesetzgeber will die Selbstverwaltungsorgane des neuen Bundesträgers dazu verpflichten, schon im Jahr 2013 bundesweit einheitliche Beitragsmaßstäbe für die Unfall- und Krankenversicherung festzulegen und einzuführen.

Ungerechte Umverteilung

„Bereits in den letzten Jahren haben die regionalen Versicherungsträger die Beitragsmaßstäbe in der Unfallversicherung stark geändert. Das hat zu deutlichen Umverteilungen der Beitragslasten zwischen den Betrieben geführt“, erläuterte Bernd Schmitz. „Vor allem flächenstarke Ackerbaubetriebe sind entlastet worden, während flächenarme und tierhaltende Betriebe höher belastet werden. Dieser Trend droht sich in einigen Bundesländern noch zu verschärfen, wenn die Beiträge auf Grundlage eines bundesweit einheitlichen Maßstabs berechnet werden“, so Schmitz. Er plädierte daher dafür, gesetzliche Gren-

zen unter anderem für die Beitragssteigerungen einzuziehen. Zudem forderte Schmitz eine belastbare wissenschaftliche Grundlage für die Festlegung eines bundesweit einheitlichen Beitragsmaßstabs. „Es gibt bis heute keine Belege dafür, dass die Unfallkosten pro Kuh in größeren Betrieben tatsächlich geringer sind als in kleineren Beständen. Aber die Beiträge werden so festgesetzt, dass für eine Kuh in einem kleinen Bestand zum Teil das Doppelte bis zum 6fachen gezahlt werden muss wie für eine Kuh in einem 500-Kuh-Betrieb“, kritisierte Schmitz. Der AbL-Vize sprach sich dafür aus, die Frist zur Einführung der neuen Maßstäbe um ein Jahr auf den 31.10.2014 zu verlängern.

Hofabgabeklausel abschaffen

Deutlich kritisierte Schmitz auch die im Gesetzentwurf vorgesehene Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane beim neuen Bundesträger. Sie führe dazu, dass die kleineren Wahllisten, die gerade erst in den Sozialwahlen 2011 in die heutigen regionalen Vertreterversammlungen gewählt worden sind, bis zum Jahr 2017 bei allen wichtigen Entscheidungen auf Bundesebene außen vor blieben. Das Verfahren zur Zusammensetzung der Gremien sei so gestaltet, dass sie einseitig von den Landesverbänden des Deutschen Bauernverbandes (DBV) dominiert würden. Schmitz forderte daher, eine außerordentliche Sozialwahl für Landwirtschaft, Forst und Gartenbau im Jahr 2012 durchzuführen oder ersatzweise für die gerade erst gewählten Vertreter der kleineren Wahllisten einen Mindestanteil in den Gremien festzuschreiben.

Im Bereich der Landwirtschaftlichen Alterskasse wiederholte der AbL-Bauer die Forderung, die Hofabgabeklausel abzuschaffen. Es sei nicht mehr zeitgemäß, die

Auszahlung der Rente davon abhängig zu machen, dass vorher der Betrieb abgegeben werden müsse. Dass nun ausgerechnet für gewerbliche Tierhaltungen Ausnahmen geschaffen werden sollen, kritisierte Schmitz scharf: „Es ist unglaublich: Wer gewerblich Tiere hält, soll die Rente in Zukunft bekommen, aber wer Tiere mit ausreichender eigener Flächengrundlage halten will, dem wird die Rente weiter vorenthalten.“ **uj**

AbL-Stellungnahme unter: <http://www.abl-ev.de/themen/agrarpolitik/positionen.html>



Unfallverhütung ist gut, eine gute Sozialversicherung auch. Foto: BLE/Stephan

Schweres Leben in Schweden

„Zum Schutz von Mutter Erde“

Was ist aus dem Jugendtraum einer schwedischen Freundin, sich mit einem Hof selbst versorgen zu wollen, geworden? „Komm im Winter, da haben wir mehr Zeit“, schrieb Anita. 300 Kilometer nördlich von Göteborg im Westen des Landes, in einem winzigen Dorf, zwischen zugefrorenen Seen, unendlichen Fichtenwäldern und Beerensträuchern, hatte sie sich mit ihrer Familie einen Hof gekauft.

Von der Hauptstraße mäandert ein matschiger Feldweg durch unberührte Wälder und weite Wiesen. Nach fünf Kilometern das Dorf Slädekärr: Eine Ansammlung von verstreut stehenden, rostbraun gestrichenen hölzernen Wohnhäusern, Scheunen und Pferdekoppeln. In einem Garten voll kahler Obstbäume versteckt sich eine schäbige, einstöckige Bauernkate. Auf ihrem Dach, wie eine Wollmütze tief über die Ohren gezogen, tanzen die Schneeflocken. Unter der niedrigen Eingangstür, die für die kleinwüchsigen Menschen von vor hundert Jahren gebaut worden war, krümmt sich ein blond gelockter Hüne: Merliyn (45), der Lebensgefährte von Anita (43). Schüchtern, rotbäckig und in selbstgestrickten schafwollenen Leggings löst sie sich hinter ihm aus dem Dunkeln.

Auf dem Weg zum Wohnzimmer steigen wir über Eisenkörbe mit erdverkrusteten Karotten und Kartoffeln, Käfigen mit Springmäusen, Pferdegeschirr, Wanderucksäcke, Arbeitsklamotten und Gummistiefel. Vorbei an zwei an die Wand genagelten Holzverschlagen. „Die Kinderzimmer unserer zwei Töchter“, erklärt Anita. Die beiden Mädchen, Morina (16) und Tähti Tuuli (10) sitzen unter einer schummrigen 1,7 Watt-LED-Birne um das Spinnrad versammelt, an dem Anita bis zu meiner Ankunft den Flaum ihrer Angorahasen zu Wollknäulen gesponnen hatte.

Während sich draußen bei ohrenbetäubender Stille Fuchs und Elch gute Nacht sagen, wärmen wir unsere klammen Finger am bollernden Kachelofen. Im Rachen des Ofens bäckt das Abendessen: ein von Morina kreierter Kartoffelauflauf. „Wir sind alle Kartoffelmonster“ lacht Merliyn. Kein Wunder, denn für die sich vegan ernährende Familie sind die tollen Knollen Hauptnahrungsmittel. Was sie auf einem halben Hektar an Kartoffeln und Gemüse anbauen, muss ihnen das ganze Jahr über reichen. Die Familie lebt bescheiden: Sie brauchen keinen Kühlschrank, Kartoffeln und Gemüse lagern im Erdkeller. Der Abfall ihrer Komposttoilette kommt wieder auf die Felder. Trinkwasser wird von einer zehn Minuten zu Fuß entfernten Quelle ge-



Typische schwedische Landschaft

schöpft. Im Spätsommer ziehen sie zusammen in die Wälder und sammeln Beerenobst, Kräuter und Pilze, um später daraus leckere Marmeladen und Pasten herzustellen. Die Kinder werden von den Eltern zuhause unterrichtet. Mit Merilyn als gelerntem Schreiner und Anitas Homöopathie-Kursen sparen sie sich auch die Kosten für Handwerker und Arzt. Wird Bargeld gebraucht, „verkaufen wir einfach ein Schaf“, lacht Anita. Zur Zeit haben sie 35 Tiere, davon 30 Muttertiere, „alle hochträchtig und kurz vor der Niederkunft stehend“, zeigt sie stolz auf die Tiere im von Merilyn selbstgezimmerten Stall.

Für die Schafe stehen sieben Hektar eigene Wiesen zur Verfügung, auf denen im Sommer auch das Heu geschnitten wird. Weitere 30 Hektar – teilweise bewaldetes Weideland – stellen ihnen nette Nachbarn kostenlos zur Verfügung. Die Felder und Wiesen werden mit Pferden

bearbeitet. Die rücken im Winter das Feuerholz aus dem Wald, ziehen im Frühjahr den Miststreuer und die Kartoffel-Legemaschine über die Felder – gefolgt von Anita mit ihren Töchtern, um Saatkartoffeln in die Beete zu legen – und im Sommer den Heuwender über die Wiesen. „Aber es ist schon so, dass wir ohne Kindergeld, EU-Zuschüsse für die nicht genutzten Weideflächen und hin und wieder großzügige Geschenke von Freunden und Verwandten hier wohl gar nicht überleben könnten“, gesteht Anita in einer ruhigen Minute.

Höhepunkt der Woche ist der Badetag. Bereits zwei Tage vorher hatte Merliyn damit begonnen, zweitausend Liter Quellwasser für den riesigen Badebottich heranzuschleppen, denn aus dem einzigen Wasserhahn auf dem Hof kommt nur rostiges Wasser. Einen weiteren Tag dauerte es, mit dem Holzofen das Wasser zu erhitzen. Der übergroße Badezuber

steht in einem Anbau, der nur über das Küchenfenster zu erreichen ist. Dort sitzt die Familie dann bis in die frühen Morgenstunden – bis sie schlaftrunken in ihr Lager kriecht. Das – um die Wärme zu nutzen – auf quergelegten Balken über dem Küchenofen aufgeschlagen ist.

Dort in der Küche bot sich am Spätnachmittag ein Bild aus einer anderen Welt: Im schummrigen Licht stand Tähti Tuuli – ihr leinenes Jesus-Gewand in der Taille mit einer Strickkordel festgezurt – vornübergebeugt auf einem Barhocker. Über der für alle weiblichen Familienmitglieder von Merliyn viel zu hoch gebauten Arbeitsplatte schnipselte sie Gemüse für das Abendbrot. Ihre blonden Engelslocken fielen ihr bis zur Taille und in die Schüssel. Hinter ihr bollerte der Holzofen. Im Dach raschelten die Mäuse. Auf der Herdplatte knisterten die Wachholderzweige und verströmten einen harzigen Zypressenduft. An der Wand trockneten gebündelte Birkenblätter und Pfefferminze und unter der Decke die vom Leitungswasser rostrot gefärbte handgewaschene Wäsche der Familie.

Die von der Kälte rotgewangten Eltern und Schwester kamen vom abendlichen Ausritt mit den Pferden zurück. Sie hängten ihre selbstgewalkten Filzjacken und selbstgestrickten Wollschals an die an der Wand verteilten Nägel. Sie drängten sich um den runden Holztisch und rückten sich ihre Blechnäpfe zurecht. Kerzenschimmer tauchte ihre Gesichter in warmes Licht. Merilyn rührte Dörripflaumen in die mit Wasser angemachte Hafergrütze, Anita raspelte rohe Karotten, Tähti Tuuli kaute an einem Apfelschnitz, Morina träumt laut davon, sich einmal im Leben den Bauch mit Weißbrot vollschlagen zu können, dann wenn sie als berühmte Schauspielerin auf große Auslandsreise geht. Mit gedämpften, zärtlichen Stimmen reden sie über Elchkot, zu reparierende Zäune und ausgebrochene Pferde – und ob es ihnen auch heute wieder gelungen war, so sorglich wie möglich mit Mutter Erde umgegangen zu sein.

Petra Jacob



Die Familie nach der Arbeit Das Stammholz wurde mit Pferden gerückt.

Fotos: Jacob

Betriebsspiegel:

0,5 ha Gemüse und Kartoffeln
0,5 ha Wald
7 ha Weideland (eigen),
30 ha (fremd)
35 Schafe, 5 Arbeitspferde

Industrielle Landwirtschaft und der Einsatz von Antibiotika

Überlegungen zur aktuellen Diskussion und der Berichterstattung in der Bauernstimme

Derzeit gibt es zwei aktuelle Untersuchungen zum Antibiotikaeinsatz in der Tierhaltung. Die Studien aus Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen sind in der letzten Ausgabe der *Bauernstimme* vorgestellt worden. Bei weiterführenden Überlegungen wird deutlich, dass die beiden Untersuchungen der Landesveterinärverwaltungen zwar Agrarunternehmen mit Masthähnchen (NRW), Masthähnchen, Puten, Mastschweinen und Mastkälbern (Niedersachsen) erfassen, jedoch keine Aussagen zu Legehennen gemacht werden!

Unsichere Datengrundlage

Auch muss die Art der Datenerfassung kritisch hinterfragt werden. In beiden Untersuchungen bilden die Abgabebelege, die die Agrarunternehmer selbst

ausgefüllt haben, die Grundlage für die Untersuchungsergebnisse. Es mag gehofft werden, dass damit auch die tatsächlich vorgenommenen Behandlungen realitätsgerecht wiedergegeben werden. Es darf gehofft werden – wissen ist dagegen etwas anderes! Erst eine eigenständige Untersuchung der Schlachtkörper auf Antibiotikarückstände könnte tatsächlich Klarheit bringen.

Bio besser als konventionell?

Gänzlich unzureichend wird der Frage nachgegangen, ob es Unterschiede zwischen ökologisch und konventionell wirtschaftenden Agrarbetrieben gibt. Nur bei der NRW-Untersuchung wurde bei den Betrieben, die nach Selbstanzeige keine Antibiotika eingesetzt hatten, danach gefragt. Ergebnis: Von den 18 Masthähn-

chenbetrieben, die nach eigenen Angaben keine Antibiotika eingesetzt hatten, waren 5 Biobetriebe. Wie viele Biobetriebe aber insgesamt in die Untersuchung einbezogen waren, bleibt unerwähnt. Überhaupt kein Thema war die Frage, ob es Zusammenhänge gibt zwischen Bestandsgrößen und Behandlung mit Antibiotika. In der Niedersachsen-Untersuchung wird zwar mitgeteilt, wie groß für die jeweilige Tierart der durchschnittliche Tierbestand war, es werden auch die kleinste und die größte Bestandsgröße genannt, das war's denn aber auch schon.

Größe ohne Bedeutung

Um so erstaunlicher ist es deshalb, dass bei der Vorstellung der Niedersachsenstudie sowohl der Landwirtschaftsminister (Herr Lindemann) wie auch der agrarpolitische Sprecher der SPD-Bundstagsfraktion (Herr Priestmeier) übereinstimmend behaupten, es gebe keinen Zusammenhang zwischen der Größe der Tierbestände und dem Antibiotikaeinsatz! (nach: *Landw. Wochenblatt Westfalen-Lippe*, 49/2011, S. 13). Diese vorausseilende Beschworung von etwas, was gar nicht untersucht worden ist, darf als Hinweis darauf gedeutet werden, wie sehr sich diese beiden bewährten Fürsprecher der Agrarindustrie vor dem Nachweis eines solchen Zusammenhangs zu fürchten scheinen.

Strukturelle Ursachen

Ganz anders dagegen die Stellungnahme

des Präsidenten des Bundesamtes für Risikobewertung (BfR), Prof. Andreas Hensel. In einem Beitrag des Nachrichtendienstes *Agra-Europe* weist er auf einen möglichen Zusammenhang zwischen der Strukturentwicklung in der Nutztierhaltung und wachsenden Hygieneproblemen hin. Neben der Bestandsgröße und der Tiergruppen in den Beständen geht er davon aus, dass auch die regionale Tierdichte von Bedeutung ist. Sie würde eine geänderte Infektionsdynamik bei den Erregern bewirken. Er forderte eine genaue Prüfung dieser wahrscheinlichen Zusammenhänge und (zumindest) eine Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes.

Ein etabliertes System

Im Untertitel des Beitrags zum Antibiotikaeinsatz in der *Bauernstimme* (1/12, S.3) heißt es: „Ohne Antibiotika ist industrielle Tierhaltung nicht möglich“. Ich befürchte, hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Die industrielle Tierhaltung sitzt so fest im Sattel, dass schon Einiges mehr kommen muss als ein Verbot des regelmäßigen Antibiotikaeinsatzes! Ohne Antibiotika dürfte industrielle Tierhaltung sicher um einiges schwieriger sein – unmöglich ist sie keineswegs. Weil das so ist, dürfte es leider auch unbegründet sein zu hoffen, dass allein über die Forderung nach einem Verzicht des Antibiotikaeinsatzes eine vertretbare Form der Tierhaltung zu erreichen ist. Dazu gehört viel, viel mehr.

Orno Poppinga



Ist der Hahn gesund, freut sich der Mensch

Foto: BLE/Menzler

Wegducken und Aussitzen

Resistente Keime: In der Geflügelwirtschaft stellt man sich unwissend

Das hat mit der Art der Erzeugung nichts zu tun!“, antwortete Thomas Janning, Geschäftsführer des Zentralverbands der deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG) im ZDF auf die Frage, nach der Herkunft der Antibiotikaresistenen ESBL-Keime. Offen bleibt, woher die ESBL-Keime auf den 90 Prozent der Hühnerfleischproben sonst kommen sollen, die das Robert Koch Institut untersucht hat. Auf Nachfrage in der Geschäftsstelle des ZDG wird beteuert, man bemühe sich um Antworten. Der Keim sei noch sehr neu und auch Wissenschaftler hätten bisher keine schlüssigen Erklärungen. Ganz neu ist die Gefahr durch ESBL allerdings nicht. Die ersten Nachweise auf Geflügelfleisch stammen schon aus dem Jahr 2000, wie die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA in einer Auswertung von rund 90

Studien zeigte. Auch den Zusammenhang zum Einsatz von Antibiotika stellt die EFSA her. So empfiehlt sie, bei der Behandlung von Tieren, die zur Lebensmittelerzeugung genutzt werden, auf den Einsatz von Cephalosporinen, einer Gruppe von Antibiotika, zu verzichten. Begründet wird dies von der Behörde mit dem von resistenten Keimen ausgehenden Risiko für die öffentliche Gesundheit.

Antibiotikareduktion um 30 Prozent

Doch wie hält man in Ställen mit 5.000 und mehr Hähnchen die Krankheiten in Schach, die Tiere halbwegs gesund und das Betriebsergebnis positiv? Beim Verband der Geflügelwirtschaft gibt man sich optimistisch und teilt die Einschätzung der Bundeslandwirtschaftsministerin: „Es geht doch auch ohne Antibiotika.“ Warum dennoch in über

90 Prozent der Masthähnchenställe Antibiotika zum Einsatz kommt, kann nicht erklärt werden. Derzeit sei man bemüht, bis April eine solide Datengrundlage über den Einsatz von Antibiotika zu erlangen. Die Zielvorgabe sei gemessen am heutigen Stand eine Reduktion um 30 Prozent. Als ehrgeizig

beschreibt Frau Riewerts vom ZDG diese Reduktion und übersieht dabei, dass dies immer noch eine Behandlung von ca. 60 Prozent der Tiere zur Folge hätte. Weit weg von einem „Es geht auch ohne“.

mn

MRSA (Methycillin- oder auch multiresistenter Staphylococcus aureus): Staphylococcus aureus sind Bakterien, die natürlicherweise auf der Schleimhaut des Nasenvorhofs und seltener auch auf der Haut von jedem dritten Menschen leben. Im Falle von Verletzungen oder Operationen kann es zu harmlosen Entzündungen kommen. Die als MRSA bezeichneten Staphylococcus aureus sind gegen das Antibiotikum Meticillin und viele weitere resistent.

ESBL (Extended Spectrum Beta-Lactamase): ESBL-bildende Bakterien haben eine Resistenz gegen Beta-Laktamantibiotika. Hierzu gehören Pencilline, Cephalosporine und Aztreonam. ESBL sind Enterobakterien, die zu der physiologischen Keimflora des menschlichen Darms gehören.

23.000 Menschen sind eine ganze Menge, wenn es stürmt und schneit, kalt ist und regnet. Und trotzdem kamen sie ins Berliner Regierungsviertel, um für eine andere Agrarpolitik zu demonstrieren. Ein breites Bündnis von über 90 Organisationen quer durch die Gesellschaft hatte aufgerufen, für eine bessere Lebensmittelerzeugung, artgerechte Tierhaltung, bäuerliche Landwirtschaft und den Schutz unserer Lebensgrundlagen auf die Straße zu gehen. Auch wenn Ilse Aigner und Gerd Sonnleitner im Vorfeld die Nasen rümpften und die top agrar von einer „Demonstration gegen moderne Landwirtschaft“ wetteuerte, verstanden die Menschen und Medien die Botschaften richtig. Berichtet wurde über Antibiotika und multiresistente Keime, aber auch über neue Ansätze des EU-Agrarkommissars und 23.000 Menschen, die sich interessieren und engagieren – auf einer Demo für eine moderne Landwirtschaft!



Der Elefantendompteur

Dacian Ciolos will eine nachhaltige Veränderung der EU-Agrarpolitik

In Deutschland hat sich eine agrarpolitische Opposition gebildet. Schon immer gab es Verbände, die sich kritisch mit den Entwicklungen auseinandersetzen. Neu ist der Zusammenschluss: das gemeinsame Auftreten von Verbraucher- und alternativen Bauernverbänden gemeinsam mit Tier- und Umweltschutzorganisationen, Seite an Seite mit kirchlichen Trägern und Organisationen, die sich in der Entwicklungs-

Agrarpolitik und Landwirtschaft zu formulieren, folgte der Einladung der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ und stellte sich den kritischen Fragen und Statements der Vertreter des gesellschaftlich breit aufgestellten Bündnisses.

Es ist selbstverständlich, dass ein einzelner Mensch, auch wenn er Agrarkommissar ist, nicht allein die Reform der Europäischen Agrarpolitik konzipieren kann. Dennoch überraschte

Bevölkerung müsse gesichert bleiben, so der Kommissar. Schon aus diesem Grund sei ein Wechsel des Systems von einem auf den anderen Tag nicht möglich. Aber! Änderungen müssten kommen, da es neben der Produktion von Menge und Qualität eben auch um den Erhalt der natürlichen Vielfalt ginge. Die gemeinsame Agrarpolitik, so der Agrarkommissar, habe die Aufgabe, für eine Partnerschaft zwischen den Landwirten und der Bevölkerung zu sorgen.

Eine träge Masse

Als ob er spüren konnte, dass seinen Zuhörern die aktuell diskutierten Änderungen nicht weit und schnell genug gingen, versuchte Ciolos, um Verständnis zu werben. Dabei verglich er die Agrarpolitik und die beteiligten Wirtschaftsinteressen mit einem Elefanten. Der Versuch, das Tier schnell auf der Stelle zu drehen, muss scheitern, so Ciolos. Wenn man indes mit sanftem Druck einen Richtungswechsel einleite, so wäre dieser nachhaltig und nicht mehr zu stoppen, beschrieb er seine grundlegende Taktik. Sein Ziel sei es, den Grundstein für eine zukünftige Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik zu legen. Zu einer unter anderem vom Bauernverband geforderten weiteren Marktliberalisierung sagte er, Markt sei nicht selbstlos. „Markt sind die Verbraucher, sind wir alle.“

Fragen und Antworten

Wenn man sich über Jahre an Pressekonferenzen der deutschen Landwirtschaftsministerin gewöhnt hat, dann überraschte Ciolos Kompetenz. Er kam allein, hatte keinen fachkundigen Mitarbeiter an seiner Seite, der die

Fachfragen beantwortete. Dieser Agrarminister kennt seine Reform. Vor der Forderung statt sieben Prozent ökologischer Vorrangfläche doch die von Wissenschaftlern empfohlenen zehn Prozent anzusetzen, warnte er: „Wenn wir jetzt noch ein paar Prozent hinzufügen, werden wir am Ende nichts haben!“ Gleichzeitig betonte er, dass es anders als vom DBV behauptet in keinsten Weise um eine Stilllegung von Flächen ginge, sondern eher um eine Ausweitung, da die Landwirte jetzt die Möglichkeit bekämen, auch ehemals ungenutzte Flächen mit besonderer ökologischer Bedeutung wie Gewässerrandstreifen und Hecken aufzunehmen. Auf den Vorwurf von David King Amoah, selbst Bauer und Vertreter einer Kleinbauernorganisation in Ghana, die Europäische Union müsse aufhören, mit ihren billigen Exporten die Märkte in den Ländern des Südens zu zerstören, reagierte Ciolos ungewohnt heftig. „Sie müssen in ihrem Land eine funktionierende Agrarpolitik entwickeln.“ Zukünftige EU-Exporte, so der Agrarkommissar, sollten sich auf hochwertige Produkte beschränken, die keine derartig negativen Einflüsse zur Folge hätten. Dass Ciolos den intensiven Kontakt zur Zivilbevölkerung sucht, hat er mit seinem Kommen zur Veranstaltung von „Meine Landwirtschaft“, dem großen Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen, einmal mehr gezeigt. Es bleibt abzuwarten, ob es ihm gelingt, mit sanftem Druck eine unaufhaltsame Bewegung zu erzeugen. In jedem Fall wird es das machtvolle Auftreten einer sensibilisierten Öffentlichkeit brauchen, um den einmal angestoßenen Richtungswechsel fortzusetzen. *mn*



Agrarkommissar Ciolos stellt sich den kritischen Fragen der Agraropposition Foto: Möhrle

hilfe organisieren. Sie alle kämpfen seit zwei Jahren gemeinsam für eine andere Agrarpolitik.

Die kritischen, konstruktiven und gut begründeten Vorschläge für eine andere Agrarpolitik und das starke Auftreten des Bündnisses haben dazu geführt, dass sich auch Agrarkommissar Dacian Ciolos intensiv mit den alternativen Vorschlägen auseinandersetzt. Er, der in einem Referendum die Bevölkerung Europas aufforderte, ihre Vorstellungen einer zukünftigen

Ciolos die Zuhörer des gut gefüllten Dachgartens im Kongresszentrum der Berliner Messe mit seinen fundierten Ausführungen. In einer ersten Runde erläuterte der Kommissar die hinter der Reform steckende Philosophie. In der Vergangenheit habe es auf ihn immer den Eindruck gemacht. Landwirtschaft stünde im Kampf gegen Natur und Umwelt. Gleichzeitig betont er: „Landwirtschaft dient der Produktion von Nahrungsmitteln.“ Die Nahrungsmittelversorgung der europäischen



Stefan Krepphold

Seit mehreren Jahrzehnten engagiert sich Stefan Krepphold (2 v. l.) in der Agrarpolitik. Der Biobauer ist nicht nur in der direkten Umgebung seines Hofes in der Nähe von Augsburg für sein künstlerisches Schaffen bekannt. Im Rahmen der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ hat Stefan Krepphold eine vor den Auswüchsen der Massentierhaltung, übermäßigem Fleischkonsum und zunehmender Industrialisierung warnende Skulptur geschaffen. Er selbst habe während der Entstehung neue Kraft gefunden. „Zu Beginn fühlte ich mich kraftlos und war resigniert. Doch jede Schweißnaht, jeder Schnitt mit der Flex, jeder Gedanke an die Skulptur hat mich gestärkt und motiviert.“ Persönlich hat er das mahnende Kunstwerk nach Berlin gebracht. Neben einem großen Teller mit Gabel sind Schweine und Hühner dargestellt, die zu einer Fabrik werden. Und während die industrielle Produktion in kürzester Zeit von Rost überzogen sein wird, wird der Teller, als Zeichen für eine gesunde und nachhaltige Ernährung und Produktion, auch zukünftig glänzen.



Harald Stiefel

Ich habe in Thüringen gemeinsam mit meinem Kollegen Michael Grolm 150 Bienenvölker. Für mich ist die Grundlage einer gesunden Imkerei eine andere Landwirtschaft. Wir als Imker brauchen eine bäuerlich geprägte, kleinteilige, artenreiche Landwirtschaft. Für mich gilt, dass, wenn es den Bienen gut geht, es auch für uns Menschen gut ist. Die derzeitige Entwicklung hin zu immer größeren Flächen hat zur Folge, dass für die Bienen zum einen Zeitpunkt ein enormes Angebot vorhanden ist und sie im Sommer nichts mehr finden. Immer mehr Imker treibt es in die Städte, weil die Artenarmut auf dem Land nicht genug Futter für die Bienen bietet. Ich habe den Eindruck, dass das ganze System derzeit am Kippen ist. Wir müssen dringend wieder kleinteilige Strukturen schaffen. In meiner Heimat, dem Schwabenland, ist das in vielen Regionen bis heute noch so.

Siegfried Hörner

Wir haben bei uns leider einen Hühnerstall mit 40.000 Einheiten nicht verhindern können. Wir demonstrieren heute hier, weil wir generell gegen Massentierhaltung sind und alles, was damit zusammenhängt. Wir sind für artgerechte Tierhaltung, gesunde Lebensmittel und den Erhalt der Umwelt. Wir waren schon letztes Mal auf der Landwirtschaftsdemo hier in Berlin und haben gesagt, dass wir wiederkommen werden!“ Aus Cramme in Niedersachsen ist Siegfried Hörner zusammen mit Hans-Christian Schneider und Thomas Meyer (von rechts) zum Demonstrieren nach Berlin gekommen. Foto: Thomsen



Christine aus Berlin

Zusammen mit 3.000 Menschen habe ich gestern Abend 1.000 Kilo Gemüse zgeschnippelt. Das war in den Markthallen in Berlin Kreuzberg. Das Gemüse wurde gespendet. Es war vor allem Gemüse, das sonst weggeworfen worden wäre. Deshalb war es aber nicht schlecht. Wir haben es vielleicht ein bisschen intensiver geputzt. Gemeinsam mit Wam Kat, unserem Aktionskoch, haben wir viele, viele Töpfe Suppe gekocht. Vor allem seine Art zu würzen wird vielen Menschen die nötige Wärme an so einem regnerischen Tag bringen. Ich selbst wohne hier in Berlin und arbeite als Steuerberaterin. Mit meiner Beteiligung möchte ich ein Zeichen setzen, dass wir in Zukunft weniger Essen wegwerfen. Auch weil so viele Menschen hungern. Daran ist auch die Spekulation mit Nahrungsmitteln schuld. Ich finde es wichtig, dass man nicht immer nur vor sich hin meckert, sondern dass man auch den Mut hat, die Kritik öffentlich zu zeigen.





Carla Prötzel

„Ich möchte den Hof meiner Eltern übernehmen“ Ein konventioneller Ackerbaubetrieb, den sie in eine „bäuerliche Richtung“ weiterentwickeln möchte. Carla Prötzel hat die Schubkarrenaktion „Ideenkarren“ der jAbL organisiert und demonstriert in Berlin, weil: „ich eine andere Agrarpolitik möchte. In meiner Bachelorarbeit habe ich über die notwendige Bindung von Arbeitskräften an den Erhalt der Direktzahlungen geschrieben. Der derzeitige Ansatz, dass nur die Fläche berücksichtigt wird, funktioniert nicht.“ Carla Prötzel kommt aus Esbeck in Niedersachsen und studiert im ersten Mastersemester in Witzenhausen Landwirtschaft. Auf dem Bild ist sie mit Schubkarre bei den Demo-Vorbereitungen zu sehen.



Ulrike Schreiber

„Es ist total wichtig, hier in Berlin mal Präsenz zu zeigen.“ Vor allem könne man nicht alles als gegeben hinnehmen, was agrarpolitisch derzeit geplant und entwickelt wird. Ganz besonders beeindruckt zeigt sich Ulrike Schreiber, selbst Landwirtin bei Hamburg, davon, dass trotz des schlechten Wetters so viele Menschen nach Berlin gekommen sind. „Sicher wären es bei Sonnenschein noch viele mehr gewesen.“ Aber schon so waren es 23.000. „Es waren die, denen die Sache wirklich wichtig ist.“ Sehr gelungen sei auch die Abschlusskundgebung gewesen. Vielfältige Beiträge von Menschen, die etwas zu sagen haben. Spannend, unterhaltsam und informativ. Es ist höchste Zeit für eine Verknüpfung dieser Art zwischen Bauern, Verbrauchern, Tier- und Umweltschützern, Entwicklungshilforganisationen und Arbeitslosen. Ganz besonderes Lob bekommt die wärmende Protestsuppe. „Einfach toll!“

Tanja Richter

Wir haben gehört, dass es so schwer sein soll, gegen den Deutschen Bauernverband anzukommen. Die Stimmen der biologisch wirtschaftenden Betriebe sind nicht so laut. Wir sind zur Demo gekommen, weil die Lebensmittel nicht mehr immer gesund sind. Denn es geht den Konzernen nur noch um Profit“, erklärt Tanja Richter, die in Berlin lebt und als Verbraucherin zur Demo gekommen ist. „Um das den Leuten klar zu machen, gehen wir auf die Straße. Wir als Verbraucher müssen mitentscheiden, wie es weiter geht.“ Auf dem Foto ist sie (rechts) zusammen mit Katharina (links) und Emilia Kuse zu sehen. Foto: Thomsen



Guido Grüner

Ich komme von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg, der ALSO. Die ALSO ist eine Selbstorganisation von Menschen mit geringem Einkommen. Wir betreiben ein Arbeitslosenzentrum, unterstützen uns gegenseitig und andere, denen Hartz-IV-Ämter oder Arbeitgeber Schwierigkeiten machen. Wir mischen uns mit politischen Veranstaltungen und Aktionen überall dort ein, wo es richtig und nötig ist – und wo wir es schaffen ... und seit gut zwei Jahren machen wir das immer öfter zusammen mit Milchbauern unserer Region. Billignahrung kommt Viele teuer zu stehen: Sie kostet Bauern ihre Höfe und Beschäftigte in Lebensmittelindustrie oder -handel auskömmliche Einkommen. Wer dort arbeitet und Kinder hat, kann mit dem Arbeitsvertrag meist gleich den Hartz-IV-Antrag ausfüllen. Wer das bedenkt, dem kann gut und günstig im Hals stecken bleiben. In Oldenburg kämpfen wir – Bauern und Erwerbslose – daher zusammen für faire Hartz-IV-Sätze, faire Löhne und einen fairen Preis für die faire Milch ... damit sich alle wirklich fair produzierte und gehandelte Güter leisten können und auch Bäuerinnen und Bauern gut leben können. Um dem Markt der Billigprodukte das Wasser abzugraben, fordern wir als ersten Schritt je Monat 80 Euro Hartz IV mehr allein schon für die Ernährung. Ich bin hier, weil ich der festen Überzeugung bin, dass wir für die Versorgung aller Menschen dieser Welt aus einer fair produzierenden Landwirtschaft streiten müssen ... oder wir werden eine bislang unvorstellbare Barbarei agroindustrieller Produktion erleben.





Ciolos war sichtlich erfreut über das grüne, von Benny Haerlin übergebene Demo-Shirt. Foto: Möhrle

Die Bauernstimme im Gespräch mit...

...EU-Agrarkommissar Dacian Ciolos

Herr Ciolos haben Sie davon gehört, dass ein breites gesellschaftliches Bündnis zu einer Demonstration für eine andere Landwirtschaft und Landwirtschaftspolitik hier im Regierungsviertel in Berlin aufgerufen hat?

Ja, natürlich habe ich davon gehört.

Wie sehen Sie die Tatsache, dass die Menschen, die da demonstrieren, ähnliche Ziele verfolgen wie Sie mit ihren Vorschlägen zur Agrarreform?

Politik ist immer eine diffizile Angelegenheit, aber natürlich kann es eine Unterstützung für unsere Anliegen sein, wenn Menschen dafür auf die Straße gehen. Ja, gesellschaftliche Unterstützung kann uns helfen.

Aigners Charta: Wieder eine vertane Chance

Ernst gemeinte Beteiligung der Zivilgesellschaft an politischen Entscheidungsprozessen sieht anders aus

Frau Aigner hat ein Problem mit ihrer Landwirtschaftspolitik. Sie steht zwischen den Interessen der Industrievertreter und des Bauernverbands auf der einen Seite und spürt den wachsenden Unmut der Bevölkerung auf der anderen.

Einlullen statt Einbinden

Mit ihrer Idee von einer Charta wollte sich Aigner aus dieser Situation befreien. Wenn es nur gelänge, so könnte die Ministerin gedacht haben, ein Papier zu entwerfen, an dem alle Beteiligten mitgewirkt hätten, dann wäre sie raus aus dem Schlamassel, immer zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen vermitteln zu müssen. Der Gedanke scheint nicht schlecht, auch wenn es nicht der ihre war. Das Modell diverser Zukunftskommissionen folgt einem ähnlichen Muster. Dabei ist es nicht die Sammlung von einer Vielzahl unterschiedlicher Interessen auf einer Internetplattform, die zu einem gesellschaftlich getragenen Ergebnis führt. Dies ist allenfalls die Voraussetzung, um die Bedürfnisse unterschiedlichster Gruppen, Verbände und vor allem Privatpersonen überhaupt zu erfassen. Was am Ende zählt ist das Ergebnis. Die Charta in Wort und Schrift.

Durchgefallen

„Aigners Charta für Landwirtschaft und Verbraucher ist ein reines Sammelsurium ihrer Ankündigungen. Dies als innovativen Erfolgsprozess verkaufen zu wollen, ist dreist“, fasst Friedrich Ostendorff das Ergebnis zusammen. Erweitert werden muss diese Kritik noch, wenn man sich die konkreten Aussagen betrachtet. Viele der von Umwelt-, Tierschutz und Entwicklungshilfeorganisationen angemahnten Neuausrichtungen tauchen in dem 68-seitigen Papier nicht auf. Stattdessen formuliert das Ministerium altbekannte Leit-

sätze: „Die weltweit steigende Nachfrage kann nur durch eine nachhaltige Produktionssteigerung gedeckt werden“ und wenige Absätze später: „Agrarpolitik ist auf die Erhöhung der weltweiten Ernährungssicherheit gerichtet und muss dabei das Menschenrecht auf Nahrung beachten“. Vereinfacht könnte man auch formulieren: Wir ernähren die Welt und wer etwas dagegen hat, verstößt gegen die Menschenrechte.

Selbstverständlichkeiten

Das Ziel, Interessenskonflikte aufzulösen, muss als gescheitert betrachtet werden, wenn beispielsweise die stetig wachsende Bedrohung vieler Betriebe durch den Pachtpreisanstieg in Folge der wachsenden Zahl an Biogasanlagen in der Aussage mündet, man wolle „eine Flächennutzung, die der Lebensmittelproduktion Vorrang gibt aber auch neuen Anforderungen wie der energetischen und stofflichen Nutzung Rechnung trägt.“ Darüber

hinaus formuliert die Charta Selbstverständlichkeiten, wenn betont wird „Politisches Handeln in Deutschland beachtet das Staatsziel Tierschutz.“ Alles andere wäre auch ein Verfassungsbruch.

Gesellschaft. Wer ist das?

Auf die von weiten Teilen der Bevölkerung geforderte Ausrichtung auf eine bäuerliche Landwirtschaft reagiert die Ministerin mit: „Zu einer modernen Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland gehört eine Vielfalt an Betriebsformen und Größen sowie Rechtsformen. Dabei haben die Kriterien bäuerlicher Wirtschaftsweise weiterhin Geltung.“ Nicht Leitbild, sondern geduldetes Relikt, so könnte man meinen. Beim ökologischen Landbau, einen Absatz kurz und knapp, will man immerhin die derzeitigen Forschungsvorhaben weiter unterstützen. Die Eiweißpflanzenstrategie beschränkt sich auf ein neues dreijähriges Forschungsvorhaben. Anstatt die Vorzüglichkeit dieser Pflan-

zenfamilie, ihre Stickstoffbindung aus der Luft und die positive Wirkung auf die Bodenfruchtbarkeit aktiv in landwirtschaftliche Produktionsabläufe zu implementieren, forscht man an der Herstellung neuer Lebensmittel und Lebensmittelzutaten aus heimischen Eiweißpflanzen.

Tierschutz könnte kommen

Immerhin ab 2017, also schon in fünf Jahren, sollen Ferkel nicht mehr ohne Betäubung kastriert werden. Zum Kupieren von Ferkelschwänzen und Hühnerschnäbeln wird das BMELV „Diskussionsprozesse durchführen“. Tierärzte sollen verpflichtet werden, „Nachweise über die Abgabe, Verschreibung und Anwendung bestimmter Arzneimittel auf Anforderung der zuständigen Behörde zu übermitteln.“ Wann dies der Fall sein soll, welche Arzneimittel gemeint sein könnten und weshalb nur auf Anforderung, lässt das Ministerium offen.

Gentechnik ist überall

Dass der Bauernverband maßgeblich am Papier mitgearbeitet hat, wird spätestens beim Absatz zur Forderung nach einer Prozesskennzeichnung von gentechnisch veränderten Organismen deutlich, bei denen der Einsatz jeglicher gentechnischer Verfahren einer Kennzeichnung unterliegt. Dies würde unter anderem bedeuten, dass zukünftig auch die Anwendung mit Hilfe gentechnisch veränderter Mikroorganismen hergestellter Medikamente zu einer Kennzeichnung des Lebensmittels führt.

Die Bundeslandwirtschaftsministerin hat wieder eine Chance verpasst, sich für eine Landwirtschaft einzusetzen, die globalen Ungerechtigkeiten entgegensteht und eine naturverträgliche, bäuerlich geprägte, gesellschaftlich akzeptierte Landwirtschaft zu ihrem Leitbild erhebt.



Kritik an ihrer Arbeit, wie hier von Campact, hört die Ministerin nicht gerne Foto Thomsen

Reden, zahlen, kassieren

Die STV berichtet darüber, wie sie so arbeitet

Der Nikolaus hatte Einiges im Sack, was am 6. Dezember des gerade vergangenen Jahres auspacken konnte auf einem Verbändegespräch der Saatgutbranche. Pflanzenzüchter, genossenschaftliche Aufbereiter und Interessenverbände machten sich unter anderem Gedanken dazu, wie eine größere Akzeptanz der Nachbauregelung bei den Bäuerinnen und Bauern zu erreichen sei. Dazu präsentierte die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) die Erkenntnisse einer eigens von außen hinzugezogenen Kommunikationsfirma. Diese hatte ermittelt, dass auf der Beziehungsebene zwischen Pflanzenzüchtern und Bauern und Bäuerinnen etwas nicht stimmt. Speziell das Image des ausführenden Organs, der STV, sei nicht zum Besten. Mitglieder der Runde berichteten von „extremen Vorbehalten“ der Bauern und Bäuerinnen gegenüber STV-Mitarbeitern, gleichzusetzen mit denen gegenüber einer Steuerprüfung. Insofern waren sich alle einig, dass es bei der Kommunikation erheblichen Verbesserungsbedarf gebe. Infomaterialien und die Homepage sollten umgestaltet, ein „Dialog auf Augenhöhe“ angestrebt werden. Mitarbeiter aus Züchtungshäusern seien auf die Gespräche mit Landwirten optimal vorzubereiten, so eine weitere Schlussfolgerung. Zudem habe der Bundesverband deutscher Pflanzenzüchter (BDP) in 2011

auch die Gespräche mit dem deutschen Bauernverband in Sachen Nachbauregelung wieder aufgenommen, wolle dies im neuen Jahr intensivieren und insbesondere den Kontakt zu den Landesbauernverbänden suchen.

Kopfgeld

Die Interessenslage der Züchter wird besonders deutlich, betrachtet man die Zahlen, die zum selben Anlass im Nikolaussack steckten: 120.000 Bauern und Bäuerinnen wurden in der vergangenen Saison bezüglich ihres Nachbaus angeschrieben, davon waren 35.000 Kleinlandwirte. 45.000 der angeschriebenen Bauern und Bäuerinnen beantworteten die Anschreiben der STV nicht. Allerdings konnten die Züchter ihre Einnahmen aus den Nachbaugebühren von 5,5 Mio. Euro in den ersten Jahren des Jahrtausends auf aktuell 8 Mio. Euro steigern. Ein Grund für die Steigerung ist die Tatsache, dass die Saatgut-Aufbereiter umfassender Auskunft geben als früher. Das lässt sich die STV einiges kosten:

Auch die Preise pro Kopf genanntem Bauern oder Bäuerin, die ein Aufbereiter von der STV geltend machen kann, wurden vorgelegt: 30 Cent gibt es für einen vollständigen Nachbauakt, 10 Cent für einen Z-Saatgutkauf (der dann später möglicherweise als Nachbauanhaltspunkt verwendet werden kann). 182.000 Euro hat der BDP so in der Saison 2009/2010 ausgegeben. Ob es zur Vermittlung dieser Zahlen an die Bauern und Bäuerinnen schon ein Kommunikationskonzept auf Augenhöhe gibt? *cs*



Der Nikolaus hatte einiges im Sack!

Foto: jimbi/pixelio

Recht auf Geheimnisse

Aufbereiter von Nachbausaatgut sollen zur Sortenangabe gezwungen werden

Das riecht mal wieder nach Ärger. Vor einigen Wochen informierte der Deutsche Raiffeisenverband in einem Schreiben die Arbeitsgemeinschaft der Saatgutverkehrskontrollstellen der Länder darüber, dass man es nicht für die Pflicht von Saatgut-Aufbereitern halte, von ihren bäuerlichen Kunden den Namen der Sorte zu erfragen und aufzuzeichnen, wenn diese Erntegut zum Aufbereiten für den eigenen Nachbau in Auftrag geben (siehe auch *Bauernstimme* 12/11). Raiffeisen teilt damit die Rechtsauffassung der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugesetze (IGN), die auf eine Urteilsbegründung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) im Fall der Auskunftspflicht der Aufbereiter fußt. Nun kam die Antwort der AG der Saatgutverkehrskontrollstellen an Raiffeisen: Mitnichten sehen sie die Lage so wie Raiffeisen und IGN, stattdessen halten sie es im Rahmen der Saatgutaufzeichnungsverordnung für zwingend, die „Rückverfolgbarkeit von Saatgut zu gewährleisten“, und behalten sich den Klageweg vor, wenn die Aufbereiter weiterhin in ihren Aufzeichnungen bei der Sortenangabe „unbekannt“ schreiben.

Raiffeisen hat nun seinerseits seine Mitglieder über den Sachverhalt informiert und kommt zu dem Schluss, dass zwei Handlungsoptionen für die Aufbereiter bestehen: erstens, die Bauern auf das Schreiben der Saatgutverkehrskontrollstellen hinweisen und unter Berufung auf deren Rechtsauffassung die Aufbereitung ablehnen, wenn der Kunde nicht bereit ist, die Sorte zu nennen, oder mittels Rückstellprobe die Sorte zu ermitteln. Die zweite Möglichkeit ist weiterhin „Sorte unbekannt“ anzugeben und ein Bußgeldverfahren – es soll schon erste Androhungen geben – zu riskieren.

Rechtssicherheit

Durch ein Bußgeldverfahren und eine gerichtliche Auseinandersetzung ließe sich Rechtssicherheit in diese kontroverse Angelegenheit bringen. Jens Beismann, Anwalt der IGN, sieht jedenfalls nicht, warum die Aussagen des EuGH nicht auch in dieser Auseinandersetzung Bestand haben sollten. Wörtlich heißt es in dem 2004 gefällten Urteil. „Die Verordnung (EG) Nr. 2100/94 verpflichtet die Aufbereiter jedoch nicht dazu, sich über die Sorte zu

informieren, zu der das Saatgut gehört, das sie aufbereiten. Hinsichtlich der Landwirte, bezüglich deren der Sortenschutzinhaber nicht über Anhaltspunkte verfügt, dass der Aufbereiter die betreffende Sorte für sie aufbereitet hat oder aufzubereiten beabsichtigt, besteht die Verpflichtung des Aufbereiters, dem Sortenschutzinhaber die relevanten Informationen zu übermitteln, deshalb nur in den Fällen, in denen die Sorte dem Aufbereiter angegeben wurde oder auf andere Weise bekannt war, wie sich aus Art. 9 Abs. 3 Verordnung (EG) Nr. 1768/95 ergibt.“ Die von der AG der Saatgutverkehrskontrollstellen bemühte Saatgutaufzeichnungsverordnung ist Beismanns Auffassung nach nicht für Nachbausaatgut relevant. Auch in der Frage von Rückstellproben sieht der Anwalt längst nicht so weitreichende Verpflichtungen für die Aufbereiter, wie sie die Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) in neueren Informationsbroschüren propagiert. Die IGN ist bereit, Aufbereiter, die sich für den Gang auf den Rechtsweg entscheiden, durch Musterverfahren zu unterstützen. *cs*



EuGH

erneut gefragt

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hatte mal wieder mit dem Thema Nachbau zu tun. Am 18. Januar ging es in einer Verhandlung vor dem höchsten europäischen Gericht einmal mehr auch um die Frage, ob die Nichtabgabe einer Nachbauerklärung zu Schadensersatzansprüchen bei den Pflanzenzüchtern führt. Deutlich wurden die grundsätzlich unterschiedlichen Haltungen der streitenden Parteien. Der Anwalt der Pflanzenzüchter erhob klar den Anspruch, dass Saatgut auch noch über Jahrzehnte nachgebaut von Bauern und Bäuerinnen immer das geistige Eigentum der Züchter bleibe und sich sehr wohl finanzielle Ansprüche über die reinen Nachbaulizenzen hinaus ergeben. Die Rechtsvertreter des beklagten Bauern, Mitglied der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugesetze (IGN), stellten dar, dass es in der Frage des Nachbaus um einen fairen Interessenausgleich zwischen Bauern und Züchtern gehen müsse. Auf das Urteil darf man gespannt sein. *cs*

„Wir ziehen uns zurück“

Für die Anti-Gentechnikbewegung ist der Rückzug von BASF ein großer Erfolg, aber kein endgültiger Sieg

Das in Rheinland-Pfalz beheimatete Chemieunternehmen BASF beendet seine Gentechnikforschung in Deutschland. Begründet wird dieser Schritt von Seiten des Unternehmens mit der fehlenden Akzeptanz der Technologie bei der Mehrheit der Verbraucher, Landwirte und Politiker. Für den FDP Wirtschaftsminister Rösler ist dies ein Warnschuss und er bedauert die innovationsfeindliche Haltung in der Bundesrepublik. In den vergangenen 13 Jahren hatte die BASF unter anderem die gentechnisch veränderte Stärkekartoffel Amflora entwickelt. Die Freisetzungen in den vergangenen Jahren waren von unternehmensinternen Rückschlägen gekennzeichnet. So hatte das Unternehmen die als Pflanzgut vorgesehene Ernte aus dem Jahr 2010 wegen zu starkem Virusbefall komplett verwerfen müssen. Im vergangenen Jahr hatte die Vermischung der zugelassenen Sorte Amflora mit Pflanzgut der nicht zugelassenen Sorte Amadea gezeigt, dass eine Trennung unterschiedlicher Partien schon innerhalb eines Unternehmens nicht gewährleistet werden kann.

Weiter Freisetzungen

Zukünftig will das Unternehmen seine Aktivitäten im Bereich der Pflanzenbio-

technologie auf die „Hauptmärkte in Nord- und Südamerika konzentrieren“. In Folge dieser Umstrukturierung wird der Forschungsstandort und die Unternehmenszentrale der BASF-Plant Science vom rheinland-pfälzischen Limburger Hof in die USA nach Raleigh in North Carolina verlegt.

Forschung in Europa

Vor dem Hintergrund der 13-jährigen Entwicklungsgeschichte der Kartoffel Amflora scheint die Begründung, es sei

nicht sinnvoll, in Produkte zu investieren, an denen der europäische Markt kein Interesse habe, vorgeschoben. Auch hat man in jüngster Vergangenheit mit Fortuna, Amadea und Modena drei weitere gentechnisch veränderte Kartoffelsorten für ebendiesen Markt entwickelt. Während Amflora als Stärkekartoffel bereits zugelassen ist, befinden sich die Stärkekartoffeln Modena und Amadea sowie die phytophthoresistente Kartoffel Fortuna im Zulassungsverfahren. Diese werden nach BASF Aussage auch nach dem

Rückzug fortgesetzt. Inclusive der im Rahmen des Verfahrens notwendigen Freisetzungsversuche. Auch wird das Unternehmen die Forschungsstandorte bei metanomics in Berlin und CropDisign im belgischen Gent weiter ausbauen. Am Standort Limburgerhof wird weiterhin die Pflanzenschutzsparte des Unternehmensbereichs PlantProtection lokalisiert sein. Dennoch wird das Unternehmen wohl auch zukünftig an seiner Vision von der „Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts“ festhalten. 1,2 Mrd. Euro investieren BASF und Monsanto jeweils zur Hälfte in die gemeinsame Forschung an Mais, Soja, Baumwolle und Raps.

Sichere Einnahmequelle

Das weitere Engagement des Unternehmens in der Gentechnik zeigt, dass die zu einer Ablehnung führenden Begründungen von Gerichten, von Wissenschaftlern und der Gesellschaft nicht gehört werden. Vor allem die durch die Patentierung immer weiter steigende Kontrolle global agierender Saatgutunternehmen und die steigende Abhängigkeit von Bauern und Verbrauchern lassen die Gentechnik aus Sicht der BASF betriebswirtschaftlich in der Tat zu einer Schlüsseltechnologie dieses Jahrhunderts werden. *mm*



Auch die Witzenhäuser Agrarstudierenden kritisierten die Amflorafreisetzung der BASF.

Foto: Witzenhäuser Agrarstudierende

Suche nach der Patentlösung

Politische Signale zu EU-Biopatenten von Berlin nach Brüssel

Schon auf der Grünen Woche im vergangenen Jahr sollte es einen fraktionsübergreifenden Antrag im Bundestag geben, in dem die Politiker aller Couleure ihre Ablehnung gegenüber der Patentierung konventionell gezüchteter Pflanzen und Tiere ausdrücken wollten. SPD und Grüne hatten das bereits ein halbes Jahr zuvor angeschoben, doch der Versuch brauchte noch ein ganzes weiteres Jahr, bevor er nun endlich das Licht der Öffentlichkeit erblickte. Dabei herrscht nach mehreren umstrittenen Entscheidungen des Europäischen Patentamtes eigentlich Einigkeit unter deutschen Politikern, dass Patente auf Leben, so sie denn konventionelle Züchtungen jenseits gentechnischer Methoden betreffen, nicht gesellschaftsfähig sind. Dass es trotzdem so lange gedauert hat, hat wie so oft damit zu tun, dass der Teufel im Detail steckt. Schließlich wollen sich gerade CDU und FDP nicht nachsagen lassen, forschungsfeindlich die Entwicklungsmöglichkeiten der Wissenschaft einzuschränken. Gleichzeitig geht es aber auch darum, dass die momentan sehr weitreichend ausgelegte EU-Biopatentrichtlinie genau das tut. Nichts desto

trägt heute die Industrie umgehend auf, als nun der Antrag tatsächlich zu Stande kam.

Aufsehen erregen

Nun ist der Einfluss deutscher Bundestagsabgeordneter auf die EU-Biopatentrichtlinie begrenzt, sie können nur versuchen – so sieht es einer der maßgeblichen Vorantreiber, der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Matthias Miersch – mit ihrer parteiübergreifenden Initiative Aufsehen in Brüssel zu erregen. Gleichzeitig haben sie aber auch in den Antrag geschrieben, dass ihre zwei zentralen Forderungen: erstens keine Patente auf konventionelle Züchtungsverfahren, mit diesen gezüchtete landwirtschaftliche Nutztiere und -pflanzen sowie deren Nachkommen und Produkte sowie zweitens: dass bei landwirtschaftlichen Nutztieren und -pflanzen die Schutzwirkung von Product-by-Process-Patenten auf die Verwendung des im Patent angegebenen Verfahrens beschränkt wird, auch auf eine mögliche Umsetzung im nationalen Recht unabhängig von Brüssel geprüft

werden sollen. Der Punkt nationaler Spezialitäten spielt ebenfalls eine Rolle im Zusammenhang mit dem gemeinschaftlichen EU-Patent, was nun bald Wirklichkeit werden soll. Auch hierauf geht der interfraktionelle Bundestagsantrag ein. Ginge es nach dem Willen der Antragsteller und auch dem der schwarz-gelben Bundesregierung, so sollte in der neuen Gesetzgebung zum EU-Patent unbedingt stehen, dass nationale Sonderregelungen – für Deutschland betrifft das beispielsweise das Züchterprivileg – weiterhin umgesetzt werden dürfen. Ob das so geschieht, wird sich erst zeigen, wenn der EU-Ministerrat im Februar seinen Vorschlag dem EU-Parlament zur Abstimmung vorlegt. Dies kann dann nur noch ablehnen oder zustimmen. So ist nicht verwunderlich, dass sich eine gewisse Unruhe ob des EU-Patentes in allen betroffenen Kreisen breit macht, schließlich will eigentlich niemand den Wegfall dieser Regelungen.

Groschengrab

Ähnliche Unruhe gibt es auch in der Frage, wie die im Zusammenhang mit

dem EU-Patent geplante unabhängige Gerichtsbarkeit gestaltet wird. Zunächst ist es ein großer Fortschritt endlich weg zu kommen von der im Patentamt ansässigen Beschwerdekammer als einziger Institution zur Vorbringung von Vorbehalten gegenüber Patenten. Gleichzeitig könnte ein unabhängiges Gericht zum Groschengrab der patentkritischen Bewegungen werden. Wenn nämlich zukünftig „ganz normale“ Gerichtskosten fällig werden, um gegen die Patentanwälte von Monsanto und Co. anzuarbeiten, müssen sich kleinere Verbände genauer überlegen, ob sie sich womöglich finanziell ruinieren wollen oder nicht. An dieser Stelle wollte der SPD-Abgeordnete Miersch die Perspektive auf ein Prozesskostenmodell „welches eine wirkungsvolle Interessenvertretung nicht nur öffentlicher Belange im Rahmen der Einspruchsverfahren vor den Patentämtern ermöglicht“ in den parteiübergreifenden Antrag haben, das konnte schwarz-gelb aber nicht mittragen. *cs*

„Heimatschutz statt Öko-Folklore“

Eine neue Studie über rechtes Ökologieverständnis und entsprechende ländliche Siedlungsprojekte

Plötzlich sind sie ganz nah, wenn unter den vielen bunten Fahnen auf der Demo „Wir haben es satt“ auch welche wehen, die für viele Menschen erst auf den zweiten Blick als Anti-Antifa-Fahnen zu erkennen sind – rechts-extreme Ökos. Das Grüppchen Menschen trägt Plakate gegen Patente und wird von aufmerksamen Demonstranten weggedrängt und schließlich von der Polizei isoliert. „Wenn Rechts-extreme sich plötzlich auch gegen grüne Gentechnik wehren und eine biologische Landwirtschaft propagieren und betreiben, verschwimmen scheinbar die Grenzen zwischen den politischen Lagern. Leben wir dann in einer verkehrten Welt? Dies fragen sich Viele, die in Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern in Ökoläden Broschüren finden, in denen

mente der brauen Ökologen beispielsweise in der entsprechenden Zeitschrift Umwelt und Aktiv. An ihrer Produktion sind Rechtsextreme beteiligt, die ökologische Landwirtschaft betreiben und „Umweltschutz = Tierschutz = Heimatschutz = Volksschutz“ propagieren. Etwa wenn die Patente auf Saatgut und Gentechnik nur deshalb verurteilt werden, weil sie „die weltweite Machtposition der USA sichern.“

„Völkische Siedler“

Einen Aspekt hebt die Studie besonders hervor: „Seit einigen Jahren versuchen unterschiedlich rechts-motivierte Familien im ländlichen Raum ein neues Leben im Einklang mit Natur und Heimat aufzubauen. In verschiedenen Bundesländern bemühen sie sich, in kleinen und größeren Siedlungsprojekten völ-

„Was am auffälligsten an ihnen ist – sie brauchen einen Feind. Sie leben in der Vorstellungswelt einer Bedrohung. Also man fühlt sich bedroht durch „jüdische Gentechnik“, durch Ausländer, durch die Linken, durch Grüne, also durch Leute, die aus ihrer Sicht das Ziel haben, das „Deutschtum“ als solches zu zerstören. Sie brauchen diesen Feind auch, denn der hält sie nach innen zusammen. Es gibt eine klare Grenze zwischen Innen und Außen – ähnlich einer Sekte. Diese Art Feindschaft ist „völkisch“ definiert – in unzähligen Spielarten. Aufschlussreich war beispielsweise, dass sie bei einer Gentechnikdiskussion als Gegenargument anführten, dass die Hälfte der Monsanto-Verantwortlichen jüdische Kapitaleigner seien. Sie argumentieren nicht an der Sache. (...) Ich sehe eine Gefahr darin, dass sie es beispielsweise schaffen könnten, eine eigene Schule aufzubauen, die dann nach „völkischen“ Prinzipien funktioniert. Oder sie in Einrichtungen wie Schulen oder der Feuerwehr so viel Einfluss gewinnen, dass sie diese mit ihrem Weltbild prägen können – dass damit die Menschen und vor allem die Jugendlichen, die in der Gegend leben, gar keine Chance mehr haben, sich dem Einfluss zu entziehen. (...) Und aufgrund der Schwäche der sozialen Struktur versprechen sie sich nicht zu Unrecht einen Erfolg bei alteingesessenen Einwohnern, die ja zum Großteil mit dem Gefühl leben, es kümmere sich sowieso niemand um sie und ihre Region. Die Rechten nutzen diese existierende soziale und gesellschaftliche Leere. Das ist es, was sie gefährlich macht. Wenn man ein funktionierendes Gemeinwesen hätte, das ökonomisch, gesellschaftlich und kul-

turell funktionieren würde, wären die Rechten lästig, und man würde sich über sie ärgern, aber sie wären keine Gefahr.“

Nicht aufgeben

Die Arbeitsgemeinschaft „Völkische Siedler“ versucht, Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, indem sie die kritischen Kräfte vernetzt und für Transparenz sorgt und: „Am allerwichtigsten ist aber wohl, unser gesellschaftliches Miteinander trotz aller Vorsicht nicht von Misstrauen und Argwohn bestimmen zu lassen, sondern ein kooperatives und vertrauensvolles Klima in der Region zu verteidigen, wo immer es geht.“ So machen auch die Autoren der Studie klar: „Der Schutz der Umwelt ist aus unserer Sicht untrennbar mit der Frage von Menschenrechten und Gerechtigkeit verbunden. Ökologie lässt sich nicht gegen Demokratie oder Menschenrechte aufrechnen. (...) Nach unserem Verständnis ist der Mensch zur Freiheit berufen und zum solidarischen Miteinander befähigt. (...) Ein völkisch geprägter Biologismus ist mit der Würde, die einem jeden Menschen zukommt, nicht vereinbar. Weil jeder Mensch mit dieser Würde begabt ist, wird die Verantwortung der Menschen gegenüber der Natur damit nicht geringer; die Menschen sind gerade aufgrund ihrer Entscheidungsfreiheit und Entscheidungsfähigkeit gefordert, ihre Umwelt im Sinn der Erhaltung und der Nachhaltigkeit für zukünftige Generationen zu gestalten.“ *cs*

„Braune Ökologen“, Heinrich-Böll-Stiftung, www.boell.de



Leere nicht von Rechts füllen lassen!

Foto: VGMeril/pixelio

zu „artgerechtem“ Leben aufgerufen wird, die in Umweltinitiativen unvermittelt mit Mitgliedern der NPD am Infostand stehen oder sich bei Anti-Atom-Protesten gegen das Auftauchen von NPD-Fahnen zur Wehr setzen“, schreiben die Autoren einer Studie, die die Heinrich-Böll-Stiftung gerade unter dem Titel „Braune Ökologen“ veröffentlicht hat. Neben grundsätzlichen Betrachtungen verschiedener Autoren zu Stationen in der Entwicklungsgeschichte der Ökologiebewegung, die Berührungspunkte mit nationalistischem Gedankengut aufweisen, stehen aktuelle Aspekte wie die Parteiprogrammatik der NPD, die „realpolitischen Heimatschutz statt pseudogrüner Öko-Folklore“ verheißt und die Untersuchung der nur oberflächlich dem Umweltschutz dienenden Argu-

kisch zu leben. Vor Ort, in Ost und West, bauen sie auch Netzwerke von ökologischen Unternehmen und biologischen Betrieben auf. Die politische Intention, zwischen ökologischer Landwirtschaft, biologischem Handel und vermeintlich traditionellem Leben, wird selten offen erklärt“, heißt es in der Studie. Es gebe eine gut vernetzte braune Bio-Szene. Gleichzeitig hat sich eine Arbeitsgemeinschaft, die AG Völkische Siedler, zu ihrer Beobachtung gegründet. Die Autoren der Studie sprachen mit Mitgliedern der evangelischen Kirchengemeinde betroffener Gemeinden und mit Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft. In den Interviews wird sehr eindrücklich klar, wie schwierig der Umgang im praktischen Alltag mit solchen Entwicklungen ist. So sagt das Gemeinderatsmitglied:

Erklärung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:

Angesichts von Rechtsextremismus in Stadt und auf dem Land hat die AbL folgende Erklärung verfasst: Der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) verurteilt die Gewaltverbrechen der Gruppe „NSU“ und ihrer Helferinnen und Helfern aus der rechtsradikalen Szene. Der AbL-Bundesvorstand ruft die AbL-Mitglieder auf, sich – wie auch in der Vergangenheit – weiterhin zusammen mit breiten Teilen der Zivilgesellschaft aktiv gegen die menschenverachtenden Ideologien der Rechtsradikalen zu stellen und die Demokratie immer wieder aufs Neue zu verteidigen. Die AbL unterstützt die vielfältigen Initiativen gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit und für Toleranz gegenüber anderen Kulturen. Den Versuchen aus rechtsradikalen Kreisen, in den Städten und auf dem Lande in Bewegungen Fuß zu fassen und an politischem Einfluss zu gewinnen, wird die AbL wachsam, engagiert und entschlossen entgegenzutreten. Aktuell ruft der AbL-Bundesvorstand dazu auf, die bundesweite Demonstration im Februar in Dresden unter dem Motto „Dresden nazifrei“ zu unterstützen.

Weltweit für Ernährungssouveränität

La Via Campesina organisiert das weltweite Engagement für eine bäuerliche Landwirtschaft

La Via Campesina (VC) wurde 1993 von VertreterInnen bäuerlicher Bewegungen aus vier Kontinenten gegründet – zu einer Zeit, in der agrarpolitische Entscheidungen zunehmend auf die globale Ebene verlagert wurden und Agrobusiness-Konzerne sich internationalisierten. Die bäuerlichen Bewegungen hatten erkannt, dass sie eine gemeinsame Vision und eine gemeinsame Stimme entwickeln müssen, um in Entscheidungen, die das (Über-)Leben ihrer Mitglieder betreffen, mit eingebunden zu werden. „Nichts über uns – ohne uns“ war ein Motto dieser neuen Bewegung, die sich rasant entwickelte. Heute besteht VC aus mehr als 150 nationalen und lokalen Organisationen von BäuerInnen, Indigenen, LandarbeiterInnen, FischerInnen, Landlosen und MigrantInnen und versammelt so mehr als 200 Millionen Mitglieder in 70 Ländern.

Partizipation und Gleichberechtigung

La Via Campesina versucht, durch Dezentralisierung und strenge Repräsentations- bzw. Rotationsmechanismen die Macht auf möglichst viele Organisationen und Individuen zu verteilen. Es gibt neun Regionen – aus historischen Gründen drei davon in Lateinamerika – die jeweils einen Mann und eine Frau in das Internationale Koordinationskomitee (ICC) entsenden. Das ICC fällt alle wichtigen Entscheidungen, die höchste Instanz ist aber die Internationale Konferenz, die alle vier Jahre stattfindet und an der 400 bis 500 RepräsentantInnen teilnehmen. Ein wichtiges Prinzip aller Via Campesina-Treffen, Delegationen und Konferenzen ist die gleichberechtigte Teilnahme von Männern und Frauen und insbesondere der Jugend. Neben dem ICC gibt es auf internationaler

Ebene inhaltliche Arbeitsgruppen, die „Working Committees“. Derzeit bestehen Arbeitsgruppen zu den Themen Agrarreform, Ernährungssouveränität und Handel, Biodiversität und Genetische Ressourcen, Frauen, Menschenrechte, Migration und LandarbeiterInnen, Nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft sowie Jugend.

Lobbying und Massenmobilisierungen

La Via Campesina kämpft auf vielen verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlichen Mitteln darum, die Landwirtschaft aus dem Würgegriff internationaler Konzerne und neoliberaler Politik zu befreien und das Konzept der Ernährungssouveränität als globalen Rahmen für jegliche Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zu verankern. VC-VertreterInnen werden in UN-Gremien wie dem Menschenrechtsausschuss der UN oder bei der FAO angehört und sind auf zahlreichen internationalen Konferenzen vertreten. Gleichzeitig ist VC auf der Straße präsent. Ob in Seattle oder Kopenhagen, Heiligendamm oder Cancún, ob WTO oder G20, UN-Klimakonferenzen oder WEF, die grünen Flaggen der VC-Delegationen rufen den Machthabern ins Gedächtnis, dass es die Bauern und Bäuerinnen sind, die einen Großteil der Menschen ernähren und nicht der Freihandel und die internationalen Konzerne. Im Gedächtnis an das Massaker von Eldorado dos Carajás in Brasilien im Jahr 1996, als 19 LandbesetzerInnen von Milizen der Großgrundbesitzer ermordet wurden, findet jährlich am 17. April der Tag des kleinbäuerlichen Widerstands statt. Weltweit wurde 2011 mit über 150 Aktionen, Straßentheater, Diskussionsveranstaltungen, Filmabenden und Demonstrationen deutlich gemacht, dass bäuer-

liche Landwirtschaft und Ernährungssouveränität die einzig möglichen Alternativen zum Natur und Menschen ausbeutenden und von Konzerninteressen getriebenen System der Landwirtschafts- und Ernährungsindustrie sind.

Globalize the struggle, globalize hope!

Gerade in Zeiten der GAP-Reform braucht die Europäische Koordination Via Campesina (ECVC), bei der auch die AbL Mitglied ist, die aktive Beteiligung von Bauern und Bäuerinnen. Lasst uns gemeinsam für Ernährungssouveränität auch und gerade in Europa arbeiten!

Irmi Salzer

Biobäuerin in Ostösterreich und Mitarbeiterin der ÖBV-Via Campesina Austria – Österreichische Berg- und KleinbäuerInnenvereinigung

Interessierte wenden sich bitte an:

*Henrik Maaß
Tel: 05542 500267
mobil: 0160 8217015
maass@abl-ev.de*

*Gernot von Beesten
Tel: 04267 - 775 Fax - 8243
holderhof@dgn.de*

*La Via Campesina:
www.viacampesina.org*

Ablenkungsmanöver

Kritik an der vom NEULAND-Fleischprogramm durchgeführten Ferkelkastration unter Gasbetäubung mit Isofluran wies der NEULAND-Geschäftsführer Jochen Dettmer als „Ablenkungsmanöver“ zurück. Seit fast drei Jahren praktizieren die Mitgliedsbetriebe gemeinsam mit beauftragten Tierärzten diese Art der betäubten Ferkelkastration erfolgreich. Nun gibt es Überlegungen der Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, über eine Bundesratsinitiative die Anwendung der Isofluranbetäubung bei der Ferkelkastration sachkundigen Landwirten zu überlassen. Diese Entwicklungen ärgern offenbar bestimmte Lobbykreise. NEULAND wird sich, so Dettmer, für den Erhalt der Wahlfreiheit zwischen den drei gleichberechtigten Verfahren – Ebermast, Immunokastration und Isofluranbetäubung – zum Ausstieg aus der betäubungslosen Ferkelkastration stark machen. cs



Foto: Salzer

Mehr, mehr, mehr!

Keine Perspektiven für Intensivtierhaltung in Verdichtungsräumen

Um die „Nachhaltige Tierproduktion als Herausforderung an die Verdichtungsräume der intensiven Nutztierhaltung“ sollte es gehen. Eingeladen hatte zur Präsentation seiner Ergebnisse der „Forschungsverbund Agrar- und Ernährungswissenschaften Niedersachsen (FAEN) – ein Verbund von Hochschuleinrichtungen, von 2006 bis 2011 ausgestattet mit 3 Millionen Euro der VW-Stiftung und Mitteln des niedersächsischen Wissenschaftsministeriums. Ins Zentrum der südoldenburgischen Intensiv-Tierhaltung nach Vechta gekommen waren im November vor allem die Größen der Agrarindustrie und Vertreter der Agrarlobby.

Wachstumskrise

Dr. Aline Veauthier (Uni Vechta) prognostizierte folgende Tierbestände in Niedersachsen, mit Schwerpunkt in Südoldenburg: Die Zahl der Jungmasthühnerplätze werde von 2010 bis 2020 von 36,5 Millionen auf 43 Millionen und die der Mastputzen von 4,9 auf 5,6 Millionen anwachsen, weit stärker als die inländische Nachfrage. Die Zahl der Zuchtsauen werde weiter von 540.000 auf 500.000 sinken. Die Zahl der Mastschweineplätze, die von 1996 bis 2011 schon um ein Drittel auf 3,8 Millionen zugenommen hat, werde auf 4,3 Millionen steigen. Dem internationalen Wettbewerb stellen sich demnach vor allem spezialisierte Betriebe mit 1.000 Sauen (mit 30 Ferkeln) bzw. mit 6.300 Mastplätzen (Futterverwertung 1:2,83 und 854 g tägliche Zunahme) bzw. im „geschlossenen System“ mit 444 Sauen und 3.700 Mastplätzen.

Gleichzeitig werde die Kapazität deutscher bzw. niedersächsischer Schlachtereien, bei Verschärfung des internationalen Wettbewerbs und gleichzeitiger Konzentration, weiter ausgebaut. Bei einem deutschen und europäischen Selbstversorgungsgrad von deutlich über 100 Prozent ergäben sich Risiken durch Exportabhängigkeit, den Einstieg ausländischer Schlachtkonzerne und die Unsicherheit, ob die zusätzlichen Schlachtkapazitäten überhaupt ausgelastet werden könnten. Hinzu kämen verschärfte Probleme durch Seuchenrisiken, Anwohnerkonflikte, Flächenkonkurrenzen und Umweltschutz, vor allem in den Produktionszentren. Die Klage Frankreichs gegen das Lohndumping in deutschen Schlachthöfen gefährde auch diesen Wettbewerbsvorteil.

Akzeptanzkrise

Professor Windhorst (Uni Vechta) zeigte sich besorgt wegen der zunehmenden Proteste und Ablehnung der Intensivtierhaltung. Er forderte ein Strategiekonzept, das „intensive Tierproduktion verbindet mit Umwelt- und Tierschutz, Ressourceneffizienz

und Lebensmittelqualität“. Neben Verbesserungen bei Tierverlusten und Krankheiten gehöre dazu auch die Schaffung von Akzeptanz für „moderne Landwirtschaft und effizient geführte Großbetriebe“ durch „geeignete Kommunikationsformen“. Windhorst warnte erneut vor der Ausweitung von Schlachtkapazitäten über die Inlandsnachfrage hinaus, vor einer verstärkten Exportabhängigkeit, einem zunehmenden Seuchenrisiko und dem wachsenden Widerstand gegen Großanlagen. Laut Professor Theuvsen (Uni Göttingen) führt die geringe Akzeptanz der industriellen Tierproduktion zu finanziellen Verlusten beim Bau der Anlagen, zu persönlichen und sozialen Problemen der Betreiber und langfristig auch zu Konsumveränderungen. Er plädierte für „Konfliktumgehung“ durch eine gezielte Standortwahl, den Einbau von Filtern und „klare glaubwürdige Qualitätssignale“. Professor Blaha (Tierärztliche Hochschule) schilderte neue Möglichkeiten bei der Vermeidung von Tierseuchen und Tierkrankheiten und forderte „tierorientierte Tierschutzkriterien“, die durch risikoorientierte Kontrollen durchzusetzen seien.

Paradigmenwechsel?

Laut Professorin Gabriele Broll (Uni Osnabrück) führt die regionale Verdichtung und die fehlende Verbindung von Pflanzen- und Tierproduktion zu einseitigen Nährstoffüberschüssen und Problemen bei der Bodenfruchtbarkeit. Sie verwies auf Tierarzneien in Wasser und Boden, nicht geschlossene Nährstoffkreisläufe und plädierte für die Verbringung von Gülle bis zu 160 km und von Mist bis zu 200 km weit in Ackerbauregionen sowie für ein Ende des Viehbesatz-Zuwachses. Das Thema der Intensivtierhaltung sei mitten in der Gesellschaft angekommen. Auch Professor Spiller (Uni Göttingen) beschrieb die Facetten der gesellschaftlichen Ablehnung von Agrar- und Fleischindustrie – vordergründige Imagekampagnen würden nichts nützen, sondern nur ein echter Paradigmenwechsel. Es gehe nicht nur um eine bessere Kommunikation, sondern um die wirkliche Veränderung der Produktion und der Strukturen.

In der teilweise sehr heftigen Diskussion mit Kritikern betonten Vertreter der Agrarindustrie, dass die Probleme teilweise übertrieben dargestellt würden, dass ein gutes Management diese Probleme auch bei Fortgang dieser Entwicklung lösen könne. Von artgerechter Haltung mit mehr Platz, Stroh, Auslauf und Flächenbindung und von einer Begrenzung des agrarindustriellen Wachstums wollte man nichts wissen. Den angekündigten Paradigmenwechsel haben weder dieses Projekt noch diese Veranstaltung aufgezeigt. *en*

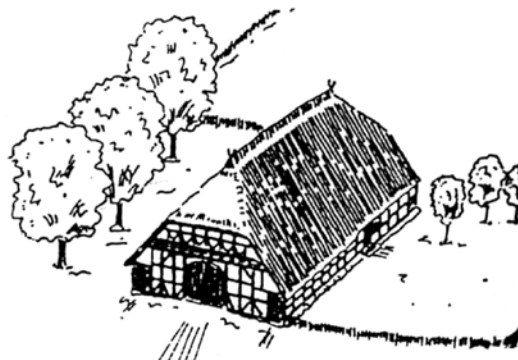
Kurzes am Rande

Gummistiefel

In Berufsgenossenschaftskreisen wird über den Fall eines Landwirts berichtet, der die Schuhgröße 52 hatte und deshalb keine Gummistiefel mit eingebauter Zehenschutzkappe mehr kaufen konnte. Zwar werden nach wie vor normale Gummistiefel der Klasse S3 bis zur Größe 53 hergestellt – aber eben keine Sicherheits-Gummistiefel mehr. Man empfahl dem guten Mann, bei gefährdungsgeneigten Arbeiten stattdessen Arbeitsschuhe mit Zehenschutzkappe zu tragen – wobei allerdings die Sohlen nach gewisser Zeit durchnässen würden.

Man sieht, die Segnungen der Erfindung der Gummistiefel werden selbst heute nicht jedem von uns zuteil. Was für unsere Vorfahren

ganz normal war, weil die damals als normale Bauern barfuss oder in Holzpantinen rumlaufen mussten und selbst als Obrigkeiten mit durchnässenden Lederstiefeln. Da waren die alten Inkas schon mal weiter: Sie stellten eine Art von Gummistiefeln her, indem sie ihre Stoffschuhe mit Gummipflanzen-Saft



... aus Schleswig-Holstein

tränkten. Die Europäer fanden diese Erfindung zunächst uninteressant, weil diese Primitiv-Gummistiefel bei Hitze klebten und bei Kälte spröde wurden. Das hat erst der Amerikaner Charles Goodyear geändert, indem er 1840 Kautschuk mit Schwefel und Ruß vermischte und durch Erhitzung „vulkanisierte“.

Geboren war der gut tragbare und pflegeleichte Gummistiefel, der zwar – trotz Rosshaarsocken – Schwitzfüße macht, aber eben kein Wasser von außen an die Füße lässt. Sofern man nicht in einen Nagel getreten ist oder mit der Forke Stiefel statt Stroh traf. Aber auch defekte Gummistiefel kann man immer noch ohne Probleme beim Gummistiefel-Weitwurf einsetzen, der sich hierzulande bei Hoffesten immer mehr durchsetzt. Den Weltrekord der Männer hält übrigens der Finne Jukka Vesterinen mit 67,31 Metern, die Trophäe der Frauen seine Landsfrau Eeva Isokorpi mit 49,35 Metern. Die deutschen Gummistiefel-Athleten liegen (noch) weit dahinter – schließlich gibt es hierzulande ja auch erst sieben Vereine mit sinnigen Namen wie „GibGummi 03 Berlin“, „7Meilenstiefel“ oder „TWG Schlabbeschubser“.

Unsere heutigen Billig-Stiefel bestehen übrigens schon längst nicht mehr aus Gummi, sondern aus Kunststoffen wie PVC – weshalb sie auch weniger elastisch sind und bei Kälte sogar spröde. Eine Rückkehr zu den Inka-Ursprüngen sozusagen.

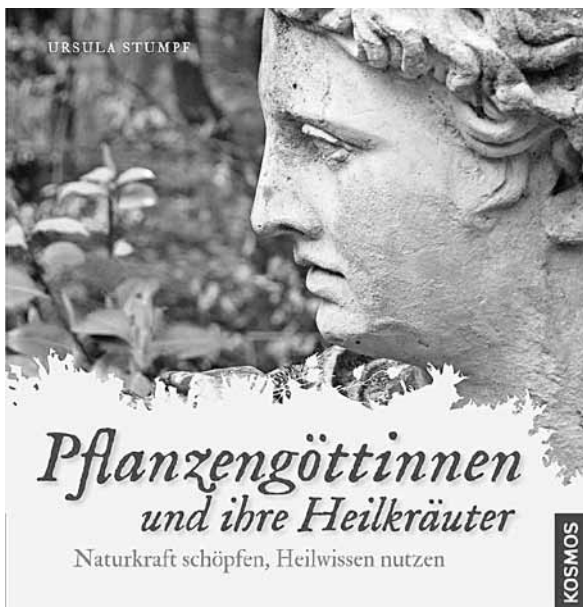
Die echten Gummistiefel kann man natürlich auch heute noch kaufen. Aber eben nicht bei Raiffeisen, sondern in Designer-Modeläden – als teure „Muckboots“, „Barbours“ oder „Hunter Boots“. Es gibt Gummistiefel mit Sohlen aus Spezialmaterial, mit Schnürungen, mit Ausziehhilfen, mit Fellbezug, mit farbigen Pop-Art-Mustern, mit Kroko- und Schlangen-Optic, in Silbermetall oder in Schweinchenrosa. Aber auch die leider nicht in Größe 52 mit Zehenschutzkappe.

Ein Bauer (65) erzählt...

Pflanzengöttinnen und ihre Heilkräuter

Ursula Stumpf, gelernte Pharmazeutin und Heilpraktikerin, nimmt uns mit auf einen farbenprächtigen Spaziergang durch den Jahreskreis, um Naturkraft zu schöpfen und Heilwissen zu nutzen. Geordnet nach den zwölf Monaten stellt sie 46 Pflanzen aus Garten und Natur vor. Einige davon sind für ihre Heilwirkungen bereits bekannt wie die Arnika, viele andere kennen wir bisher nur als Zier- bzw. Wildpflanze und ahnen wenig von ihren speziellen Wirkstoffen. Auch ist eine Selbstmedikation nicht bei jeder Pflanze sinnvoll und angebracht. So ist das Schneeglöckchen sehr giftig. Forscher fanden aber heraus, dass der Giftstoff als Medikament den Verlauf einer Alzheimer-Erkrankung verlangsamen kann. In der Homöopathie wird es bei Herzmuskelentzündungen empfohlen. Doch viele Pflanzen sind weniger heftig in ihrer Wirkung und lassen sich auch als Hausmittel selbst zubereiten und anwenden. Dieses Buch ist ein schöner Begleiter durch den Jahreslauf für alle Pflanzenfreunde. *we*

Ursula Stumpf: Pflanzengöttinnen und ihre Heilkräuter, Naturkraft schöpfen, Heilwissen nutzen. 160 S., 145 Abbildungen, laminiertes Pappband mit Schutzumschlag, 24,8 x 23,9 cm, Kosmos-Verlag, Stuttgart, 2010; 24,90 €, ISBN: 978-3-440-12236-5



Markt aktuell Vieh und Fleisch

Die *Agrarmarkt Informationsgesellschaft (AMI)* bietet auf ihrer Homepage den Onlineservice „Markt aktuell Vieh und Fleisch“ an. Dieser erlaubt dem Nutzer, auf aufbereitete Marktdaten über den Fleischmarkt in Deutschland, EU-weit und international zurückzugreifen. Die Informationen beziehen sich auf Produktionsmengen, Verbrauch, Kosten und Erlöse. Die Informationen sind übersichtlich und hilfreich in der Marktanalyse und gehen über das auch kostenlose gute Angebot auf der Homepage von AMI zum Fleischmarkt hinaus. Wer allerdings spezifische Daten sucht, muss sich trotzdem in den Datenbanken des Bundeslandwirtschaftsministeriums (www.bmelv-statistik.de) oder der FAOSTAT (<http://faostat.fao.org>) durchwühlen und ergänzen. Das AMI-Onlineangebot kostet monatlich 71,40 Euro.

Mehr Infos: www.ami-informiert.de oder Tel: 0228-338050.

Kommentar zum BImSchG

Bei der Genehmigung von Groß-Stallanlagen gilt nicht das Bau-recht, sondern wegen der damit verbundenen Umweltrisiken das Bundes-Immissionsschutz-Gesetz. Wer sich dabei einmischen will, der braucht nicht nur den Gesetzestext, sondern auch die Kommentierung mit Hinweisen auf bisherige Auslegungen und Urteile. Die neuesten Änderungsgesetze sind berücksichtigt in diesem neuen Standard-Kommentar. *en*

Prof. Dr. Hans D. Jarass, Bundes-Immissionsschutzgesetz, Verlag C.H.Beck, 9. vollständig überarbeitete Auflage, 2012, 1003 Seiten, 129,- Euro.

Kurzes am Rande

Landwirtschaft in Korea

Lebensmittelknappheit im Norden – Importabhängigkeit im Süden

Nach dem Tod des Diktators Jong Il und dem Machtübergang an seinen jüngsten Sohn Kim Jong Un sind Nordkorea und seine Zukunft wieder einmal im Blickfeld der internationalen Öffentlichkeit. Wie über das ganze Land, so weiß man über die Landwirtschaft des Landes nur wenig. Infolge von Dürren, Überschwemmungen, Miswirtschaft und der bevorzugten Belieferung des Militärs waren viele der 24 Millionen Einwohner in den letzten Jahrzehnten immer wieder auf internationale Lebensmittelhilfe angewiesen – sofern das Regime diese überhaupt zuließ. Viele mussten – vor allem zwischen Frühjahrsbeginn und der ersten Ernte im Mai – hungern. Derzeit sind nach Berichten von Besuchern des Landes keine offenen Anzeichen von Hungersnöten zu sehen, wohl aber von Lebensmittelknappheit und einem schlechten Ernährungszustand vor allem von vielen Alten und Kindern.

Handarbeit

Das auf strikte Abschottung und Unabhängigkeit vom Ausland ausgerichtete Land kann den Nahrungsbedarfs aus seinen 3.900 Produktionsgenossenschaften und Kooperativen sowie einigen Staatsfarmen permanent nicht decken. Das vorrangige Atomprogramm schluckt einen Großteil des Sozialprodukts. Auch wegen der hohen Weltmarktpreise für Nahrungsmittel und Energie importiert das devisenschwache Nordkorea nur relativ wenig Lebensmittel, Saatgut, Dünger sowie Ersatzteile und Treibstoff für die Traktoren. Viele Arbeiten werden von Hand verrichtet. Laut Welthungerhilfe sind ohnehin nur etwa 20 Prozent der Flächen des bergigen und schwer zugänglichen Landes agrarisch nutzbar. Dies sind vor allem die Schwemmlandebenen der Flüsse im Westen. Die Winter sind meist hart und trocken, die feuchtheißen Sommer oft von längeren Dürreperioden und Überschwemmungen geprägt. Dies erschwert den Anbau der Hauptbodenfrüchte Nassreis, Mais und Gemüse. In den trockeneren Hügelländern werden auch Sojabohnen, Sesam, Tabak und Ginseng angebaut. Die kleinen Privatgärten und privaten Märkte (die zeitweise wieder geschlossen wurden) sichern einen Teil der Ernährung, selbst die Haltung von Tauben und anderem Kleinvieh auf den Balkonen der Hochhäuser. Die Welthungerhilfe unterstützt derzeit den Bau einer Saatgut-Reinigungsanlage und von 30 kleinen Gewächshäusern in den Städten Pyonyan und Sunchon sowie den Anbau von Nahrungsmitteln auf kleinen städtischen Flächen.

Auch der kapitalistische Süden des seit dem Koreakrieg 1953 geteilten Landes ist

kein Agrarland. 70 Prozent des Landes sind zu gebirgig für die Landwirtschaft, es regnet bis zu 1.500 Millimeter im Jahr, mit Sturzfluten und Erosion im Sommer. Der früher vorherrschende Großgrundbesitz und die in der Zeit der japanischen Besatzung geschaffenen Latifundien wurden 1949 nach dem Vorbild Nordkoreas auch in Südkorea durch eine Landreform zerschlagen. Diese Enteignung der herrschenden Landlord-Klasse, die Zahlungen der Bauern für die ihnen zugeteilten Landflächen (maximal 3 ha) an den Staat und die Freisetzung der Arbeitskräfte aus der Feudalbindung ermöglichten eine rasche Industrialisierung, wobei viele ehemalige entschädigte Feudalherren zu Industriellen wurden. Ein Entwicklungsweg wie in Lateinamerika, mit „Agrarexporten der Großgrundbesitzer, Import von Luxuskonsumgütern und Stagnation der nationalen Industrieproduktion, blieb Südkorea durch diese Landreformen versperrt“ (Dr. Dirk Messner, Agrarreform und Industriegesellschaft in Südkorea, E+Z 11/2002). Gleichzeitig mussten sich die Kleinbauern für die Abzahlung der Bodenkauf-Summe verschulden. Dies und die Festsetzung niedriger Erzeugerpreise (zur Ermöglichung niedriger Industriearbeiter-Löhne) führte zu einer Abwanderungswelle der Landbevölkerung in eine Industriearbeiterschaft mit Niedriglöhnen.

Hauptarbeitgeber

Die Landwirtschaft beschäftigt dennoch immer noch 10 Prozent der Arbeitskräfte – vor allem in den 1 Million Familienbetrieben mit zumeist 2 bis 3 intensiv bewirtschafteten Hektaren. Die Hauptfrucht ist Reis, der künstlich bewässert wird, außerdem Roggen, Weizen, Soja, Kartoffeln, Gemüse und Obst. Wegen des forcierten Strukturwandels und sinkender Agrarpreise (vor allem durch importierte Produkte) kommt es oft zu Protesten der Bauern. Wie der Agrarexperte Wan Bang Yook in der Zeitung BWAgar berichtete, ist der Selbstversorgungsgrad mit Nahrungsmitteln mittlerweile auf 50 Prozent gesunken. Dies liege auch am Ersatz traditioneller Reis- und Gemüsekost durch westliche Ernährung. Eine fast vollständige Importabhängigkeit gebe es bei Futtermitteln, Soja und Weizen. Die zunehmende Tierhaltung und die damit verbundene Entsorgung der tierischen Exkremente stellen das Land vor große Herausforderungen. Kürzlich war von den Plänen des Industrieunternehmens Hyundai zu lesen, in Russland 50.000 Hektar Mais zu produzieren. Der Versuch, sich in Madagaskar riesige Flächen für die Agrarproduktion zu sichern, scheiterte an den Protesten der dortigen Bevölkerung. *en*

Ohne Lobby

Was mir nach wie vor in der *Bauernstimme* und auch in der AbL nicht gefällt, ist, daß man sich als konventionell wirtschaftender bäuerlicher Landwirt dort kaum wiederfindet. Ich finde, die AbL vertut die große Chance, sich als ernstzunehmende Alternative zum WLV bzw. Bauernverband für die große Mehrheit der Landwirte ins Gespräch zu bringen. Das kann man nicht, indem man mit Sarah Wiener in der *Bauernstimme* groß gegen den Fleischkonsum aufmacht (so habe ich den Artikel verstanden). Die meisten Landwirte im Westmünsterland haben keine Alternative zur konventionellen Veredelung. Man kann sicherlich darüber nachdenken, ob es Mischformen zwischen „Bio“- und „konventionell“ in Richtung „Neuland“ gibt. Daran müsste sogar gearbeitet werden, weil kleinere, auch konventionelle Tierhaltungen i.d.R. z.B. Antibiotika nicht prophylaktisch einsetzen, da sie ihre Bestände noch überblicken können. Um es klar zu sagen, ich habe kein Problem damit, dass man sich für die „ökologisch“ wirtschaftenden Betriebe einsetzt. Aber ich vermisse das Bekenntnis auch zum bäuerlich wirtschaftenden konventionellen Landwirt und zu seinen Alltagsorgen: Überzogene Tier- und Naturschutzforderungen, (...) In den letzten 20 Jahren

sind jährlich über 46.000 ha in Deutschland der landwirtschaftlichen Produktion entzogen worden. Soll das so weitergehen? Oder überzogene Auflagen, z.B. im Sauen-, aber auch im Mastbereich, die den Strukturwandel weiter anheizen werden, weil viele kleinere Betriebe die geforderten Änderungen im Stallbau bei älteren Ställen einfach nicht mitmachen werden, sondern eher aufhören. Wir brauchten längere Übergangsfristen. Man könnte weitere Beispiele finden. Eine ernstzunehmende AbL als Alternative zum DBV oder WLV wäre für viele Dinge gut, z.B. für die Kammerwahlen. Nichts gegen die Kandidaten des WLV, aber es ist eben eine Einheitsliste. Echte Wahlen sehen anders aus. Außer dem BDM (für Milchbauern) sehe ich z.Z. die bäuerlichen konventionellen Landwirte, die die Ideologie des „Wachsen oder Weichens“ nicht mitmachen wollen, nicht wirklich vertreten. Vielleicht sollte die AbL überlegen, diese Lücke zu füllen und daran zu arbeiten, vielen Betrieben, die z.B. „nur“ 1.000 Mastschweine halten wollen, eine Zukunft zu ermöglichen. Ansonsten wird der gnadenlose Strukturwandel im konventionellen Landbau weitergehen.

Theo Schulze Brock
48727 Billerbeck

Weitere Leserbriefe

Gedanken zur anstehenden EU-Agrarreform

Gegenwärtig zahlt die EU die Agrarsubventionen nach den Flächengrößen der Landwirtschaftsbetriebe. Davon profitieren die Betriebe am meisten, die mit großem Abstand die wenigsten Arbeitskräfte je Flächeneinheit beschäftigen, die die geringste Wertschöpfung je Flächeneinheit hervorbringen und die auch im Hinblick auf wichtige ökologische Kriterien wie Artenvielfalt und Grenzliniendichte am schlechtesten abschneiden. Die Subventionsverteilung nach der bewirtschafteten Fläche begünstigt die Betriebsphilosophie, mit geringstem Aufwand (Lohnkosten) größtmögliche Flächen zu bewirtschaften, um damit die meisten Fördermittel zu erhalten und zwar ohne Rücksicht auf die oben genannten Kriterien! In Bezug auf die regionale Entwicklung (Arbeitsplätze, Wertschöpfung in der Region und damit Steueraufkommen, Tourismus) aber auch die ökologische Situation wäre eine Landwirtschaft wünschenswert, die durch Veredelung und Direktvermarktung mehr Arbeitsplätze schafft und durch einen höheren Gewinn je Flächeneinheit auch zu einem höheren Steueraufkommen beiträgt. Solch eine Landwirtschaft wird durch eine Vielfalt der Fruchtfolge unabhängiger vom Einsatz von Agrarchemie und unabhängiger von Naturereignissen (Risikostreuung). Durch kleinere Schläge und weniger Bodenverdichtung durch leichtere Technik wird die Bodenerosion eingedämmt und ganz nebenbei noch ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet. Eine solche Landwirtschaft ist arbeitsintensiver, braucht also mehr Arbeitskräfte! Aber die Schaffung von Arbeitsplätzen wird durch die jetzige Subventionsvergabepraxis bestraft. Kleinere, umweltschonender arbeitende Betriebe erhalten die niedrigste Förderung je Arbeitskraft. Ziel einer Agrarreform, die diesen Namen wirklich verdient, müsste eine Umverteilung sein und zwar weg von der Vergabe der Subventionen nach Flächeneinheit, hin zu einer Vergabe der Fördermittel nach Arbeitskräften. Dieses Ziel wird im jetzigen Entwurf der Agrarreform nur ansatzweise über die Deckelung der Direktzahlungen angepeilt. Trotzdem zeigt sich am Gejammer der großen Betriebe, wie sehr schon dieser halbherzige Reformversuch ans Eingemachte geht.

Während viele Großbetriebe ohne Subventionen keinen Gewinn erzielen würden, machen bei unserem kleinen Betrieb die Subventionen nicht mal ein Viertel des Betriebsgewinnes aus. In unserem kleinen Betrieb (Gemüseanbau mit Direktvermarktung) ermöglicht eine Fläche von nur 20 ha die Schaffung von Arbeitsplätzen für 4 Personen. In einem großen Marktfruchtbetrieb (ohne Viehhaltung) bewirtschaftet eine Arbeitskraft mehr als 200 ha. Das Ergebnis dieser einfachen Rechnung ist, dass ein Betrieb dieser Kategorie gegenwärtig die vierzigfache Höhe an Subventionen je Arbeitskraft erhält, als unser Bauernhof. Da wir unseren Leuten auch gern mehr Lohn bezahlen würden, etwa den eines Traktoristen eines Großbetriebes, sind wir sehr an einer Agrarreform interessiert, die u.a. eine wirklich gerechte Förderpolitik zum Inhalt hat. Falls es dazu nicht kommt, wäre aus unserer Sicht die gänzliche Abschaffung der Agrarsubventionen das kleinere Übel. Dann wäre es interessant zu beobachten, welche Betriebsstrukturen sich wohl durchsetzen würden, wenn die jetzige Wettbewerbsverzerrung beendet wird.

Kay Bohne
09306 Stolzdorf

„Keine Sache von vier Helden“ Bauernstimme 1/2012

Ganz ohne Zweifel ist die Atompolitik, sind die Castortransporte, ist die „Zwischenlagerung“ der Castoren in Gorleben, ist das Lügengebe von Industrie, Politik und Wissenschaft „Keine Sache von Vier Helden“, sondern von fast allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Republik.

Wir AbLer aus dem dritten Glied möchten aber hier unseren Respekt, unsere Hochachtung äußern für das 15-stündige Ausharren von Hanna Schwarz, Heiko Müller-Ripke, Fritz Pothmer und Georg Janßen in der Betonpyramide auf dem Gleisbett vor dem Castortransportzug.

Für Euer Ausharren, für Euer Handeln danken wir aus tiefstem Herzen!

Anne-Ev, Antje und Willi Dohemann
27330 Brüne

Bestellcoupon

Ich bestelle:

Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht

bitte ankreuzen

Ausgabe: 2012 2011 2010 2009 2008 2007 2006
22,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- € 10,- €

.....Expl. Nützt ja nix	Stückpreis 11,00 €
.....Expl. Aus dem Moor,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Ein Bauer erzählt, CD	Stückpreis 10,00 €
.... Expl. Schubkarrenrennen,	Stückpreis 11,00 €
.... Expl. Nehmt und Euch wird gegeben	Stückpreis 27,40 €
.... Expl. Der Wollmützenmann,	Stückpreis 11,90 €
.... Expl. Matthias Stührwoldt live, CD,	Stückpreis 9,50 €
.... Expl. Verliebt Trecker fahren,	Stückpreis 9,90 €
.... Expl. Koexistenz im landwirtschaftlichen Alltag	Stückpreis 3,- €
.... Expl. Monsanto gegen Bauern (aktualisierte Auflage)	Stückpreis 3,50 €
.... Expl. Wege aus der Hungerkrise	Stückpreis 3,10 €
.... Expl. Linda und Konsorten	Stückpreis 14,90 €
.... Expl. was für'n schöner Scheiß, CD	Stückpreis 10,- € Neu!

weitere Bücherwünsche:

zuzgl. Versandkosten 2,75 Euro

Ich zahle nach Erhalt der Rechnung

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos:

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____ Bank: _____

Telefon: _____ ggf. E-Mail: _____

Name: _____ Adresse: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bestellung an:

ABL-Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381/492221

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen 10,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 20,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 2,50 €. Anzeigen bis einschließlich 12,50 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: anzeigen@bauernstimme.de. Anzeigenschluss für BS März 2012 ist am 17. Februar 2012.

Hof und Arbeit

● Verkaufe Bauernhof in Knaut PLZ 04600, 1.300 m² Grundstück mit zwei bewohnbaren Häusern, Nebengelass und Garage. 116.000,- €, evtl. 2 ha Land. Bilder und Details unter: Ebay-Kleinanzeigen/Anwesen/PLZ 04600 oder Kontakt über den ABL Verlag, Fax: 02381-492221

Tiermarkt

● Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse. Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551-63609

Sonstiges

● FERIENHAUS in SW-Frankreich. Für 2 bzw. 6 Personen. In alter Dorfstruktur und großem Garten mit Natursteinmauern. Atlantik-Sandstrände in 80 km. Am Pilgerweg nach Compostela. ☎ 05021-4186, www.ARRAMIS.de

● WaschMichl – Eine runde Sache Handwaschstation für Marktstände ohne Waschgelegenheit. Entspricht den Anforderungen der Lebensmittelbehörden. Alle weiteren Infos: www.waschmichl.de

Baumschule PFLANZLUST

Ausgezeichnet mit dem Förderpreis Ökologischer Landbau 2010

Historische und bewährte Obstsorten für den Garten und die Landschaft

www.biobaumversand.de

GRUNDSTÜCKE FÜR WINDENERGIEANLAGEN GESUCHT!

Sichern Sie sich langfristig garantierte Pachteinnahmen bei weiterhin möglicher land- und forstwirtschaftlicher Nutzung!

wpd onshore GmbH & Co. KG
Bremen, Bietigheim-Bissingen,
Erkelenz, Kassel, Potsdam
Telefon: 07142 / 77 81-0
akquise@wpd.de, www.wpd.de

**Der neue Beitragsmaßstab Berufsgenossenschaft**

08. Februar 2012, Weibhausen
13. Februar 2012, Teisendorf
Referentin: Theresia Hinterberger von der LSV Franken/Oberbayern
20 Uhr in Weibhausen im Gasthof Alpenblick
20 Uhr in Teisendorf, Kontakt: Abl-Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach

Gemeinwohl Ökonomie & Landwirtschaft

08. Februar 2012, Kirchweidach
Referent Christian Felber, Mitbegründer von Attac Österreich
19.30 Uhr im Gasthof zur Post in Kirchweidach, Kontakt: Abl-Regionalgruppe Chiemgau-Inn-Salzach

Gesunde Kühe

08. bzw. 09. Februar, Betzigau bzw. Tettngau
Durch richtige Fütterung: Fachvortrag von Dr. Ernst-Jürgen v. Magnus, praktischer Tierarzt
8. Feb. 20.00 Uhr, Gasthaus Hirsch, 87488 Betzigau
9. Feb. 20.00 Uhr Gasthaus Kreuz, 88069 Tettngau/Tannau
Kontakt: Abl Allgäu, ☎ 08334-307 o. 07542-7870

Bauer hält Hof

11. Februar 2012, Burgstetten
10.30 Uhr auf Hof Voltz, In den Breitwiesen 1, 71576 Burgstetten, Baden-Württemberg
21. Februar 2012, Hamburg
19.30 Uhr, Kulturhaus Dreiund-siebzig im Saal, Schulterblatt 73, Hamburg

Veranstaltungen

Die Kuh ist kein Klima-Killer!

14. Februar 2012, Oberasbach
Vortrag und Diskussion mit Dr. med. vet. Anita Idel
20 Uhr in der Grundschule Altenberg, Kirchenweg 47, 90522 Oberasbach

Was bringt EU Agrarreform?

15. Februar 2012, Herrieden
Mit Referent Lutz Ribbe, Mitglied im Eur. Wirtschafts- und Sozialausschuss, Vors. der Kommission für Landwirtschaft und Umwelt im Umweltbundesamt
19.30 Uhr im Gasthaus Bergwirt in Herrieden im Landkreis Ansbach. Kontakt: Abl Franken, Isabella Hirsch 09852 1846

Vom Acker in den Futtertrog

20. Februar 2012, Hesel
Abl Regionalgruppe Weser-Ems und Bund Deutscher Milchviehalter laden ein zum Vortrag über eine regionale Eiweißstrategie mit Christoph Dahlmann, Projektleiter „Vom Acker in den Futtertrog“, und Karin Mansholt, Bund Deutscher Milchviehalter.
20 Uhr, Gasthaus Meta, Kirchstraße 1, 26835 Hesel, an der B 72; Kontakt: Ottmar Ilchmann, ☎ 04967-334, o.ilchmann@yahoo.de o. Christoph Dahlmann, ☎ 02381-9053170, dahlmann@abl-ev.de

Saatgut-Festival

25. Februar 2012, Iphofen
Vorträge und Markt der Vielfalt
11 bis 17 Uhr, Karl-Knauf-Halle Iphofen, Kontakt: Ursula Reinhard, ☎ 05306-1402, ven.nutz@gmx.de

Bäuerliche Betriebe am Scheideweg

28. Februar 2012, St. Vieth/Belgien,
29. Februar 2012, Dannenfels
Diskussion mit Georg Janßen, Abl-Bundesverband, und Norbert Worm, Abl Rheinland Pfalz.
28. Feb. 20.00 Uhr im Hotel Wiesenbrona, Wiesenbach 13, 4780 St. Vieth, Belgien
29. Feb. 19.30 Uhr im Landhotel Berg, ☎ 06357-97356, Oberstr. 11, 67814 Dannenfels
Anmeldung: Norbert Worm, ☎ 06558-8621, Fax: -900128, bnworm@t-online.de

Agrogentechnik

28. Februar 2012, Augsburg
Die schleichende Vergiftung unserer Nahrung mit Anja Sobczak vom Umweltinstitut München
20 Uhr im Foyer des Bürgersaals, Am Hopfengarten 12, 86391 Stadtbergen/Augsburg

Verlorenes Paradies

02. u. 03. März 2012, Bad Herrenalb
Ländlicher Raum zwischen Sehnsucht und Wirtschaftsfaktor
Ev. Akademie Baden, ☎ 0721 9175-352, Fax: -25352, www.ev-akademie-baden.de

Fortbildung Öko-Landbau

08. März 2012, Bad Dübren
Themen: Welternährung, Zuschlagstoffe für Extremböden, Körnerleguminosen, EU, Bienen und spezielle Tierarten
Anmeldung bis 3.3. an: Sächsische Interessengemeinschaft Ökologischer Landbau, ☎ u. Fax: 034243 21491

Ökologisches Saatgut

13. März 2012, Güstrow
Fachtagung des Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern mit Präsentation von Betrieben
10 bis 15.30 Uhr im Bürgerhaus in Güstrow
www.bund-mecklenburg-vorpommern.de/themen_und_projekte/landwirtschaft/agrarbuendnis_m_v/
Anmeldung: ☎ 0385 521339-13, Fax: -20, burkhard.roloff@bund.net

Abl Rheinland/Pfalz-Saarland Mitgliederversammlung

Donnerstag, den 1. März 2012

um 10 Uhr in der St. Martin Gastronomie, Eifel-Maar-Park 11, 56766 Ulmen, Tel. 02676-910382

13 Uhr Vortrag Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer Abl
14 Uhr Vortrag Silke Obst, EU Kommissionsmitarbeiterin zur aktuellen GAP-Reform mit anschließender Diskussion

Anmeldung erforderlich bis 22. Februar an den Landesverband mit Meldung der gewünschten Mittagessen (ca. 10 € pro Person)

Abl Bayern Jahresmitgliederversammlung 2012

am Sonntag, den 12. Februar 2012 von 10 bis 16 Uhr

im Vilstaler Hof, Andreasstr. 2, 94405 Rottersdorf bei Landau

EU-Direktzahlungen gerechter gestalten

Vortrag und Diskussion zum Projekt des Kasseler Instituts für ländliche Entwicklung e.V. zur Agrarreform ab 2013 mit Prof. Dr. Onno Poppinga und Dr. Karin Jürgens

Ab 13 Uhr Mitgliederversammlung mit Grußwort des Bundesgeschäftsführers Georg Janßen und Neuwahlen des Vorstands

Für Rückfragen: Geschäftsstelle Andreas Rimmelberger, Tel. 08679-6474, abl-bayern@web.de

Abl Niedersachsen-Bremen Öffentliche Frühjahrstagung

Sonntag, den 11. März 2011, ab 10 bis ca. 16 Uhr
Biolandhof Voigt, An der Wassermühle 20, 28857 Syke

10 Uhr Diskussion
„Wer gewinnt den Kampf ums Land?“
Landgrabbing, Bodenmärkte, Pachtpreise -
Entwicklungen und Einflussmöglichkeiten

mit Silke Dahl, Referatsleiterin im niedersächsischen Landesbetrieb für Statistik; Reinhard Krumbholz, Vorsitzender im Oberen Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Niedersachsen und betroffenen Landwirten

13.30 Uhr Jahresversammlung
Berichte zum Abl-Bundesverband, GAP, Gentechnik, Nachbau, Milch, Atomproteste, Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Anmeldung erbeten an: Gernot von Beesten, Tel 04267-775, Fax: -8234, holderhof@dgn.de

Abl Nordrhein-Westfalen Offene Jahrestagung mit Mitgliederversammlung

Montag, den 27. Februar 2012 um 13.30 Uhr
Landhotel Hermannshöhe, Haulingort 30, 48739 Legden
Vor der Tagung findet ab 10.30 Uhr die MV statt

Markt - Mengen - Zukunft

mit Wyo Zwanenburg, Vorsitzender NW
Romuald Schaber, Vorsitzender BDM u. EMB
Dr. Albert Hortmann-Scholten, LWK Niedersachsen
Günther Völker, Sauenhalter

Info: Katharina Schäfer, Tel: 02381-9053170, nrw@abl-ev.de

Abl Thüringen: „Tag der Landwirtschaft“

Samstag, den 11. Februar 2012 von 9 bis 17 Uhr
Mit Ausstellung „KORN“ zur Vielfalt, Waldorfschule in Weimar, Klosterweg 8

Was bringt die EU-Agrarreform - Strukturwandel in der Agrarpolitik ?

15 Uhr Podiumsdiskussion mit: Jürgen Reinholz, TMLNU (angefr.); Friedrich Wilhelm Graefe von Baringdorf, Abl; Claudia Gerster, Landwirtin, Abl-Thüringen; Vertreter des Bauernverbandes (angefr.)
Bitte anmelden: Daniela Kersten, Tel. 03641-448812, mail@ra-kersten.de

Milchtagung 2012

5. März 2012, 9.30 bis 16.30 Uhr
 KLVHS Hardehausen, 34414 Warburg-Hardehausen



UNIKASSEL
VERSITÄT



Was fehlt dem Milchmarkt zum Markt? Kartellamtsbericht:
Eva-Maria Schulze, Bundeskartellamt, Berichterstatlerin;
Romuald Schaber, Vors. Bund Dt. Milchviehalter u. European Milk Board;
Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, AbL-Vorsitzender

Nachhaltigkeit als Qualitätsanforderung der REWE Group
 - auch für Milch. *Dr. Ludger Breloh, REWE Group, Köln*

Antibiotika in der Tierhaltung und ihre Probleme.
Bundesamt für Risikobewertung (angefragt)

Chlostridien oder Eiweißbauprodukte - was macht Kühe krank?
Dirk Albers, Landwirtschaftskammer Niedersachsen

Energieeinsatz und Effizienz in landwirtschaftlichen Betrieben
 - Praxisbeispiele. *Armin Bücheler, Landwirtschaftsamt Schwarzwald-Baar-Kreis (angefragt)*

Wirtschaftlichkeit von Lebensleistung und Langlebigkeit.
 (NN)

Anmeldung: KLJB, Tel.: 02224-9465-21, u.ackermann@kljb.org



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Wilster: Bernd Voß, Tel.: 04823/8505, Fax: 04823/75330
Sörup: Hinrich Lorenzen, Tel.: 04635/2141, Fax: 04635/2114
Plön: Matthias Stührwoldt, Tel.: 04326/679, Fax: 04326/289147
Flensburg: Heiner Iversen, Tel.: 04631/7424, Fax: 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband u. Wendland-Osteide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, Fax -61, neuandhof-schulz@gmx.de
Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de
Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel. u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com
Südnds.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de
Weser-Ems: Ernst Steenken, Tel. 04482-660, steenken@ewetel.net

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Jörg Gerke, Tel.: 038453/20400; Franz Joachim Bienstein, Tel.: 03841/791273; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221
Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264
Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761
Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421
Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657
Westmünsterland: Martin Ramschulte, Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Ortenberg: Helmut Keller, Tel.: 06401/50754, e-mail: amkloster@t-online.de;
Ebsdorfergrund: Reiner Claar, Tel.: 06424/2719, e-mail: biohof-claar@freenet.de;
Breitenbach a. H.: Sabine Kamlage, Tel.: 06675/312, e-mail: k.s.vetter@t-online.de;
Knüllwald-Red.: Karl Hellwig, Tel.: 05681/938528, e-mail: k.hellwig@web.de;
Homburg-Mü: Dietmar Groß, Tel.: 05681/2607, e-mail: gross2607@aol.com

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch, Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Landesverband: Frieder Thomas, Tel: 07531/2829391, info@agraruendnis.de
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, Tel.: 07443/3990;
Nord-Württemberg: Ulrike Hasemeier-Reimer, Tel.: 07971/8584
Bodensee: Anneliese Schmeh, Tel.: 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, Tel.: 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654
Geschäftsstelle: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, Tel.: 08679/6474, Fax: 08679/9130145, Internet: www.abl-bayern.info
Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Ute Gasteiger, Tel.: 08039/1635
Land an Rott und Inn: Hilde Baumgartner, Tel. 08725/672; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725/304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de
Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel.: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de
Oberland: Elisabeth Friesenegger, Tel.: 08158-8486, lisi.friesenegger@googlemail.com, Josef Lindauer, Tel.: 08803-488446, Fax.: 08803-9009562; e-mail: Martha.Lindauer@web.de
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de
Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Burkhard Neubauer, Tel: 09268-6667
Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 08083 641, bagrei@gmx.de
Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Armin Hartleitner, 0175-72 550 12, armin.hartleitner@ziertheim.net; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Peter Hettlich, Markt 7, 04109 Leipzig, Tel: 0341-2253789, Fax: 0341-1496363, e-Mail: peter.hettlich@t-online.de
 Thüringen: Michael Grolm, Tel: 036450-446889; Volkmar Voigt, Tel: 036694-36250; Claudia Gerster, Tel: 034465-21005; Frank Neumann, Tel: 036623-23737



Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:

Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de

Bankverbindung: KSK Wiedenbrück BLZ 47853520 Kto: 2017838

Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758

junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Julia Frenzel, Tel: 0152-28625363, junge-abl@abl-ev.de

Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:

Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298;

Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3079

Interessengemeinschaft Ostdeutschland:

Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273

Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Eckehardt Niemann, Tel: 0151-11201634, E-Mail: eckehardt.niemann@freenet.de

Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:

Annamarie Volling, c/o Gewerkschaftshaus, Heiliggeiststraße 28, 21335 Lüneburg

Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de

Internationale Agrarpolitik:

Berit Thomsen, Tel.: 040/397858, Fax: 040/3978587



Mitgliedsantrag Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 95,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 130,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 40,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 65,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Name, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr.: _____

BLZ: _____

Bank: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____



bunabhängige **bauernstimme**: auf der Demo in Berlin

02/2012

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (39,60 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 28,40 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,- € bzw. 32,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck

Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. BLZ Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Post AG im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnettin / des Abonnenten Datum Beruf
 (bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm
 oder Fax 02381 / 49221